

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

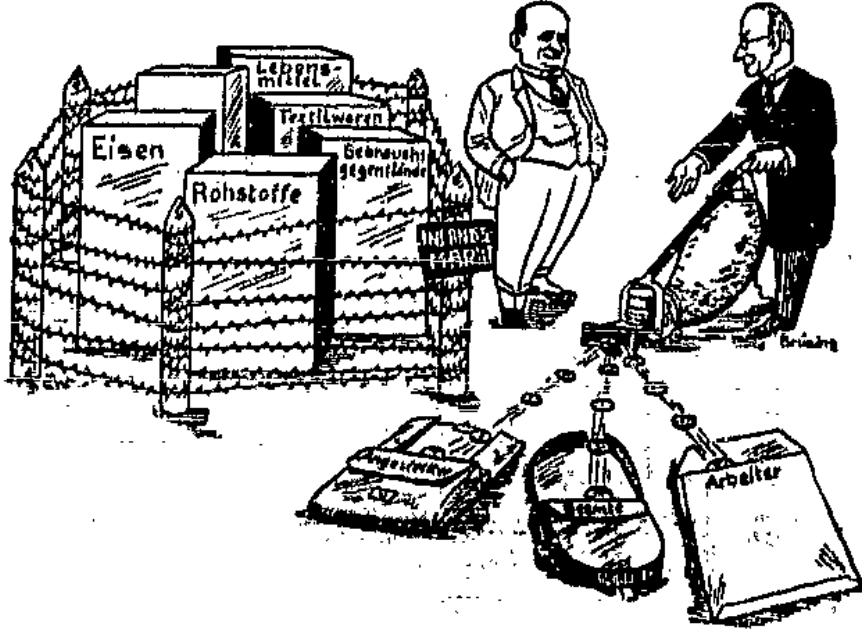
Nummer 29

Berlin, den 19. Juli 1930

5. Jahrgang

## Abbau!\*

Abbau der Arbeitslosenunterstützung, um die Herstellungskosten zu verringern, damit die Wirtschaft in ein rascheres Tempo zu bringen und die Kapitalbildung zu beschleunigen, ist seit den ersten Wochen des Jahres 1929 stehender Verhandlungsstoff. Der wurde so serviert, als seien die Finanzen des Reichs nur durch die Arbeitslosenunterstützung in Unordnung geraten. Die bürgerliche Presse erklimmte den Gipfel ihrer Verheerung gegen die Arbeitslosenversicherung, als bekannt wurde, daß der Kostendruck der Arbeitslosenversicherung verbraucht und die Einnahmen die Ausgaben nicht decken, so daß das Reich Darlehen leisten mußte. Es ist nicht zu bestreiten, daß diese Darlehen mit den Wiedereinnahmen der Reichsanstalt am 31. März 1930 rund 821 Millionen betrugen. In dieser Finanzentwicklung sollten Mißstände in der Arbeitslosenversicherung schuld sein. Was als Mißstand bezeichnet



„Die Lohnsenkung hätten wir erreicht, aber den Stacheldraht gegen Weltmarktpreise und Preisabbau lassen wir stehen!“

wurde, kann von den Arbeitsämtern auf Grund des Gesetzes fast reißlos beiseite geworfen werden. Daß die Ausgaben allen Berechnungen zum Trotz so angeschwollen sind, ist eine Folge unserer Wirtschaft, die mehr als in allen anderen Ländern unter der internationalen Wirtschaftskrise leidet, die aber in Deutschland noch verschärft wurde, weil man das Infrastrukturprogramm des Young-Planes mehr als nötig hinausjoh, den Städten die Auslandskredite abschürfte und den Etat des Reiches jahrelang an dem Raube des Defizits herumshawank ließ. In der Arbeitslosenversicherung rächt es sich, daß entgegen den Forderungen der Sozialdemokraten, die Beitragserhöhung nicht rechtzeitig gekommen und nicht ausreichend bestimmt worden ist. Dann haben die Auswirkungen eines ebenso harten wie langen Winters der finanziellen Lage der Reichsanstalt den Rest gegeben.

Der Krieg ist Ursache, daß die Wirtschaft der Welt in Unordnung geraten ist. In Deutschland, das den Krieg verloren hat, zeichnen die Folgen sich am härtesten aus. Deutschland wird die Schlussfolgerungen ziehen müssen, die England seit Jahren gezogen hat. Der englische Staat leistet seit Jahren einen festen Zuschuß, der sich auf mehr als ein Drittel aller Beiträge begnügt. Die Arbeitgeber zahlen eine höhere Beitragsquote als die Arbeiter. Der Zuschuß wird betrachtet als staatspolitische Sicherheitsprämie. Diese und noch mehr, besonders auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, muß auch der deutsche Staat übernehmen. Wie lange sollen denn die Opfer der Nationalisierung, der Technisierung, dem Strid, dem Wasser und Gasbahn als letzte Hilfe ausgeliefert bleiben. Eine solche Sicherheitsprämie will natürlich die Deutsche Volkspartei unter allen Umständen vermeiden. In Bezug auf die vom Reich gegebenen Darlehen hat sie zu dem § 183 des Gesetzes einen Zusatz durchgedrückt, der besagt: „Der Rückzahlung dieser Darlehen muß vom 1. April 1931 jeweils im Haushaltsgesetz festgesetzt werden“. Damit wird weitere Herabsetzung der Leistungen in der Arbeitslosenversicherung zwangsläufig herbeigeführt.

Der neue Arbeitsminister, Herr Stegerwald, weiltand Vorsitzender des Christlichen Gewerkschaftsbundes, hat den Abbau in die Wege geleitet. Die „Wirtschaftliche Rundschau“ hat einen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ lag bereits dem Plenum des Reichstages vor, sie wurde dem O. Ausschuss überwiesen, und in wenigen Stunden an zwei Tagen war die Beratung beendet. Zunächst in erster Lesung. Die zweite Lesung wird redaktionelle Nebenheiten ausmergen, aber das Ganze in seinen schicksalsschweren Folgen für Lohn- und Gehaltsempfänger bestehen bleiben.

\* Die Antragsnummern beziehen sich auf die Anträge im sozialpolitischen Ausschuss.

Im Artikel 1 zu § 36 wird hinter Abs. 1a folgender Absatz eingefügt:

- a) Arbeitskräfte in gehobener Stellung bei den Arbeitsämtern, die nicht Sachkräfte sind, werden vom Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes, bei den Landesarbeitsämtern vom Vorstande nach Anhören des Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes bestellt;
- b) folgender Absatz 4 wird angefügt:

Der Vorstand kann Sachkräfte der Arbeits- und Landesarbeitsämter, soweit sie Beamte oder Dauerangestellte sind, ersehen oder anderweitig verwenden, ohne hierbei an das Vorschlagsrecht des Verwaltungsausschusses gebunden zu sein, sofern Tatsachen vorliegen, die die Vergebung oder anderweitige Verwendung im dienstlichen Interesse erforderlich erscheinen lassen.

Beim derzeitigen Finanzminister besteht der Plan, die Reichsanstalt selbst bestimmen zu lassen, wie sie ihre Ausgaben mit den Einnahmen deckt. Der Arbeitsminister ist diesem Plane gar nicht abgeneigt. Da braucht man keinen Augenblick im Zweifel zu sein, wie gefährlich die neue Bestimmung hätte werden können, wenn nicht ein sozialdemokratischer Antrag zur Annahme gekommen wäre, der da lautet:

Im Art. 1 Ziffer 2 ist hinter Vorstand einzufügen: „Nach Anhören des zuständigen Verwaltungsausschusses.“

Eine Einschränkung des jetzigen Personenkreises plante der § 74 durch die Bestimmung:

„Versicherungsfrei ist, wer das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.“

Damit wären ungelernete Arbeiterinnen und Arbeiter, die besonders in unseren Industrien beschäftigt sind, aus der Versicherung herausgenommen und ihren Eltern im Falle der Arbeitslosigkeit zur Last gefallen.

Ein deutschnationaler Antrag Nr. 246, Dr. Leopold, Gerns, Dr. Agena und Wolf, wollte die Hungerfrist für Jugendliche auf 17 Jahre ausdehnen. Er kam nicht zur Annahme, aber auch der Regierungsantrag mit seiner Einengung des Versicherungskreises wurde durch einen sozialdemokratischen Streichungsantrag zu Fall gebracht.

Auf Antrag 242 beantragten die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Agena, Dr. Leopold und Wolf, die nach § 55 des geltenden Rechts ab 1. Januar 1931 verbotene gewerbmäßige Stellenvermittlung bis zum 1. Januar 1935 zu verlängern. Der Antrag wurde zurückgezogen.

Ein sozialdemokratischer Antrag, dem § 66 zwei neue Absätze anzufügen, in denen die Verpflichtung ausgesprochen wird, daß Körperschaften, die öffentliche Aufträge ausführen, oder Aufträge, für die öffentliche Subventionen gewährt werden, die Arbeitskräfte durch Vermittlung des Arbeitsamtes einzustellen haben, verfiel der Ablehnung.

Der § 75 im geltenden Recht wird durch einen neuen Absatz 1 ersetzt:

- a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:  
„1. Geringfügige Beschäftigungen sind versicherungsfrei.“
- b) In Abs. 2, Satz 1, treten an die Stelle der Worte „weniger als 24 Arbeitsstunden“ die Worte „nicht mehr als 30 Arbeitsstunden“, an die Stelle der Zahl „8“ die Zahl „10“ und an die Stelle der Zahl „35“ die Zahl „45“.
- c) In Abs. 2, Satz 2, werden hinter dem Worte „weit“ die Worte „durch Gesetz oder behördliche Anordnung eine längere Arbeitszeit vorgeschrieben ist oder weit“ eingefügt.

Ein Antrag 240, Dr. Weier-Dresden, der parteipolitischen Reichspartei des Mittelstandes zielt, verdient der Vergessenheit entrissen zu werden:

Im Art. 1 § 75a Abschn. b treten an die Stelle der Worte „weniger als 24 Arbeitsstunden“ die Worte „nicht mehr als 32 Arbeitsstunden“, an die Stelle der Zahl „8“ die Zahl „12“ und an die Stelle der Zahl „35“ die Zahl „45“.

Mit der Annahme der Regierungsvorlage ist der Zwang, hungern zu müssen, auf eine nicht geringe Anzahl von Personen, die Vollarbeit nicht bekommen können, ausgedehnt.

Nach § 75a der Vorlage sollten Wohlfahrtsarbeiter die Versicherungspflicht verlieren. Die sozialdemokratischen Mitglieder hatten Streichung beantragt. Der Streichungsantrag gelangte leider nicht zur Annahme.

Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, wonach die Träger der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge im Einvernehmen mit den Arbeitsämtern festsetzen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Fürsorgearbeiter Anwendung finden soll.

Der neue Abs. 1 im § 82a soll für die Frage, „ob jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwirbt oder erwerben kann“, durch Richtlinien der Landesarbeitsämter entschieden werden. Ein sozialdemokratischer Antrag, aus diesen Richtlinien die Worte „oder Geschwister“ zu streichen, gelangte zur Annahme. Der § 80 bestimmt, daß ein Arbeitsloser, der sich

„ohne berechtigten Grund weigert, eine Arbeit anzutreten oder anzunehmen, auch wenn sie außerhalb seines Wohnortes zu verrichten ist“,

auf 4 Wochen keine Unterstützung erhält.

Die Abbauborlage will die im § 80 Abs. 1 und § 82 Abs. 1 vorgesehene Hungerfrist auf 8 Wochen verlängern. So wird beschlossen. Ein sozialdemokratischer Streichungsantrag hatte keinen Erfolg.

Bei dem § 83 der Vorlage, der bei freiwilliger Arbeitsaufgabe Sperrfristen bis zu 8 Wochen vorsieht, blieb die Regierung in der Minderheit. Die bisherigen milden gesetzlichen Bestimmungen blieben bestehen. Ein Antrag 253, Dr. Agena, Dr. Leopold und Riesberg wollte bei Aufgabe der Arbeitsstelle ohne wichtigen Grund oder bei Verlust der Arbeitsstelle bei einem Verhalten, das zur freistufigen Entlassung berechtigt, daß für Wiederbezug von Unterstützung die Anwartschaft neu zu erfüllen sei. Das wäre eine Hungerkur im günstigen Falle von 26 Wochen. Mit diesem sozialpolitischen Barbarenantrag erklärte sich der Nebner der Deutschen



„So, den Anhang hätten wir gemacht mit der Zerkümmern der Sozialpolitik!“

Volkspartei, Bergwerksdirektor Suel, im Namen seiner Fraktionskollegen einverstanden.

Der § 105 erhielt einen zusätzlichen § 105a:

1. Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI erhalten die Unterstützungssätze ihrer Klasse nur, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist. Andernfalls erhalten sie die Hauptunterstützung statt nach den Sätzen der Klasse VII nach der Klasse VI, statt nach den Sätzen der Klassen VIII und IX nach der Klasse VII, statt nach den Sätzen der Klassen X und XI nach der Klasse VIII. Die Familiengzuschläge sind jedoch auch dann nach der Lohnklasse des § 105 zu gewähren.
2. Zeiten, die nach diesem Gesetz einer versicherungspflichtigen Beschäftigung für den Erwerb der Anwartschaft gleichstehen, stehen ihr auch für die Einstufung in der Lohnklasse nach Abs. 1 gleich.

Wer bei dem überfüllten Arbeitsmarkt nicht das Glück hatte, in den letzten 18 Monaten mindestens 52 Wochen beschäftigt gewesen zu sein, dem werden die ohnedies niedrigen Sätze noch bedeutend vermindert.

Diese unsoziale Herabsetzung der Leistungen geht von der Annahme aus, daß den Erwerbslosen die Liebe zur Arbeit fehlt.

Abbau der Unterstützung ist auch Zweck eines neuen § 107d, der lautet:

„Treffen zwei Hauptunterstützungen von Ehegatten zusammen und wird dazu kein Familiengzuschlag oder nur ein Familiengzuschlag gewährt, so mindert sich die eine Unterstützung, und zwar bei verschiedener Höhe der Unterstützungen die niedrigere, um die Hälfte.“

Dieser Paragraph wird in folgender Fassung angenommen:

„Trifft eine Hauptunterstützung der Lohnklasse VII bis XI mit einer Hauptunterstützung des Ehegatten zusammen, und wird dazu kein Familiengzuschlag gewährt, so mindert sich die Unterstützung, und zwar bei verschiedener Höhe der Unterstützungen die niedrigere, um die Hälfte.“

Es sollte Unterstützung nicht gewährt werden, wenn der Versicherte eine Entschädigung oder Abfindung auf Grund des Betriebsrätegesetzes oder des Landbesitzgesetzes bezieht. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung dieser Bestimmung gelangte zur Annahme.

Auch das ging der Deutschnationalen Verschlechterungsfirma nicht weit genug. Wenn zwei Ehegatten zur Arbeit



gehen, so zwingt sie dazu die Not. Mit Leistung des Beitrags für die Arbeitslosenversicherung erwerben sie ein Anrecht auf Unterstutzung. Dieses Recht schränkt man ein, wenn beide von der Geißel Arbeitslosigkeit gezeichnet werden. Leiber verhindern die derzeitigen Kräfteverhältnisse im Reichstag und Kabinett die Ablehnung solcher Pläne.

Durch Verlängerung der Wartezeit soll den Finanzen der Reichsanstalt auf die Reime geholfen werden durch folgende Bestimmung:

- 1. (1) Regelmäßig dauert die Wartezeit 14 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschlagberechtigte Angehörige;
- 2. 7 Tage bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zuschlagberechtigten Angehörigen;
- 3. 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagberechtigten Angehörigen.

So einschneidend finanziell bedrückend diese Bestimmungen für die Erwerbslosen sind, der mehrfach genannten deutschen nationalen Verschlechterungsfirmen gingen sie nicht weit genug. Auf einen Antrag 260 verlangten sie in 4 Punkten weiter-

## Der Reichswirtschaftsrat zur Hebung der Bauwirtschaft.

Bereits im Frühjahr hatte der RW. Stellung zu der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen und im besonderen zu der des Baumarcktes genommen. Die Hebung des Baugewerbes durch ein Sofortprogramm sollte dazu führen, die Gesamtwirtschaft auf befruchteten und den Arbeitsmarkt zu entlasten.

Leider hat das aufgestellte Sofortprogramm noch nicht die Bewertung gefunden, die im Interesse der Volkswirtschaft notwendig ist. Allzuhohe Hemmnisse traten auf, so daß die Beschlüsse des RW. nicht voll wirksam werden konnten.

Die fortlaufend hohe Arbeitslosenziffer im Baugewerbe, die noch im Mai rund 45 Proz. und die der Baustoffindustrie, die etwa 55 Proz. betrug, zwingt dazu, der gesamten Bauwirtschaft höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden und Mittel und Wege zu finden, die geeignet sind, die Bauwirtschaft auf Jahre hinaus anzuregen und zu fördern, und damit auch die Arbeitslosigkeit zu beheben.

Der Wohn- und Siedlungsausschuß des RW. bekräftigt daher einen Arbeitsausfluß mit der Frage, wie es möglich ist, auf die Dauer von mehreren Jahren die Bauwirtschaft so zu beleben, daß Arbeit und Verdienst gesichert ist.

Bei den Beratungen des gesamten Fragenkomplexes im Arbeitsausfluß kam zum Ausdruck, daß nicht zu gut, aber zu teuer gebaut würde.

Ferner sprach man sich dahingehend aus, daß die ungenügende Kapitalbildung, unter der die deutsche Volkswirtschaft leidet, durch Ordnung der Reichs-, Landes- und Gemeindefinanzen behoben und das Vertrauen in den deutschen Kapitalmarkt wieder hergestellt werden muß.

Die Erfüllung der Neubautwohnungen erfordert im Durchschnitt Kosten, die mindestens 25 Proz. über dem allgemeinen Feuerungsindex stehen. Die Neubautkosten, um diese 25 Proz. Heberückung zu senken und damit auch die Mieten in ein besseres Verhältnis zum Einkommen zu bringen, ist Hauptaufgabe der Wohnungswirtschaft.

Die besondere Heberückung in der Bauwirtschaft hat verschiedene Ursachen:

- 1. Den hohen Zinsfuß der Bau- und Hypothekengelder.
- 2. Die erhöhten Bauherstellungskosten.
- 3. Die bürokratische Art der Baufinanzierung durch die zuständigen Behörden.

Was den hohen Zinsfuß betrifft, so muß erwartet werden, daß auch bei dem Realzins eine entsprechende Senkung eintritt. Wenn sich auch das Darlehen nicht dem Reichsbankdiskont anschließen kann, so hebt doch der heutige Zinsfuß der Hypothekengelder in seinem Verhältnis zu den anderen Geldzinsen.

Die Gründe der Erhöhung der Bauherstellungskosten sind unstrittig. Sie werden teilweise geäußert in den Kartellen und Zünften der Baustoffindustrie, teilweise in den technisch und rational zurückgebliebenen Betrieben, wo auch hier teilweise die Löhne eine Rolle spielen sollen, sowie in der teilweise unheimlich hohen ungünstigen Beschäftigung.

Bisher sind alle Versuche fehlgeschlagen, auf diesem Gebiete Besserung zu erzielen. Insbesondere wurde ein gleichmäßiger Geschäftsgang und eine bessere Verteilung der Arbeiten auf das ganze Jahr zu Preisentlastungen führen.

Was die bürokratische Art der Behandlung durch die zuständigen Behörden betrifft, so wurde dem Arbeitsausfluß eine Vergleichsrechnung über die Herstellungskosten der Werkstücke mit der jetzigen vorgelegt, aus der sich eine Verteuerung der Baukosten von 9-16 Proz. errechnet, die nach Berücksichtigung aller anderen Faktoren auf die bürokratische Art der Behandlung der Baugenehmigung, der Finanzierung und Heberückung der Herstellung zurückgeführt wird. Eine besonders verhängnisvolle Einwirkung übt dabei auch die Behinderung des Wohnungsbaues durch die verpatete Etappenverteilung durch die Parlamente aus, die eine genügende Ausführung der geringsten Bauzeiten verhindert. Eine Vereinfachung des Wohnungsbaues legt voraus, daß die Feuerungsarbeiten beschleunigt werden. Dem Wohnungsbaue gehen sonst jährlich Hunderte von Millionen RM verloren, und die Mieter müssen darunter häufig die hohen Mieten zahlen.

Teilweise wurde auch die Ansicht vertreten, daß eine Senkung der Zinsen dann eintreten würde, wenn die Bauunternehmer wieder mit eigenem Geld, auf eigene Gefahr und in gegenwärtiger Konkurrenz bauen.

Die Vermehrung von 15 Sachverständigen und die Ausweitung von vier Referaten haben im Arbeitsausfluß zu dem Gesamtergebnis geführt, das eine dauernde Verteuerung der Bauwirtschaft als eines Schlüsselgewerbes im Interesse der Gesamtwirtschaft unbedingt notwendig ist.

Die gefundenen Ursachen und die Prüfung, inwiefern die gesamte Bauwirtschaft auf Jahre hinaus angeregt und gefördert werden kann, haben zu folgenden Vorschlägen geführt:

### Zeitfrage.

Die Vorschläge haben ergeben, daß die Erhaltung der Bauwirtschaft und ihrer Finanzierung im engsten Zusammenhang stehen mit der Arbeitslosenfrage und daß beide gemeinsam gelöst sind. Hierbei ist von der Restitutionsausgabe auszugehen, daß die Arbeitslosigkeit eine internationale Erscheinung der Nachkriegszeit und keineswegs auf Deutschland beschränkt ist. Überdies können für Deutschland in verschiedenem Maße noch alle die als Folgen des verlorenen Krieges anzusehenden besonderen Verhältnisse in Betracht, die im Zusammenhang mit der die menschliche Tätigkeit zurückdrängenden Verarmung der Produktion eine Lage geschaffen haben, die unvorstellbare Entschärfungen verlangt.

Da die Arbeitslosigkeit fast durch den Rückgang der Beschäftigung in der Bauwirtschaft beeinflusst wird, ist es erforderlich, daß

ein Plan von bestimmter Dauer, der von 1929 anlaufen sollte, für die gesamte Bauwirtschaft und ihre Finanzierung geschaffen wird. Hierbei wird von der im Wirtschaftskreis allgemein anerkannten Tatsache ausgegangen, daß die Aufhebung der

gehende Verschlechterungen. Das sind die Ergebnisse aus erster Lesung. Die zweite Lesung und das Plenum werden sie bestätigen. Die Kaufkraft der Erwerbslosen wird eingeschränkt. Das werden auch jene Schichten erfahren haben, als deren Verteilung die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes sich aufspielt. Diese Schichten bilden die erste Etappe in dem finanziellen Kreislauf aller Unterhaltungsätze und Renten. Sie werden von den Empfängern nicht aufgestapelt, sondern gehen reiflos in die Wirtschaft.

Herr Moldenhauer ist seit Wochen aus dem Reichsdienst ausgeschieden. Als Reichstagsabgeordneter ist er krank gemeldet. Wir unterstellen bei Leibe nicht seiner Krankheit jene Motive, die den arbeitslosen und den kranken Arbeiterinnen und Arbeitern in Behandlung der gesetzlichen Vorlage unterstellt werden. Herr Moldenhauer macht Pensionsansprüche in Höhe von 30 000 RM geltend. Für seine Tätigkeit als Professor und für eine Zeit, die er längst überstanden hat und zwar nicht mit den färglichen Geldmitteln, die seine Vorlage den Arbeitslosen beschert. Ein Zeichen von Opfermüt und Sparsinn für das arme Reich sind seine Ansprüche nicht.

August Bruch.

Bauwirtschaft befruchtend und belebend auf die gesamte übrige Wirtschaft wirkt.

Die auf Grund eines solchen Planes für Reich, Länder und Gemeinden sich ergebenden Auswirkungen würden in erhöhten Steuereinnahmen bestehen, und zwar würden sich neben allen anderen Steuern insbesondere die Lohnsteuer, Einkommensteuer und die Umsatzsteuer wesentlich ertragsreicher gestalten. Außerdem würde die Reichsbahn aus dem vermehrten Vantofftransport erheblich größere Frachteinahmen erzielen.

Durch einen derartig für längere Dauer aufgestellten Plan würde man ebenfalls erreichen, daß die Baukostenpreise nicht mehr so großen Schwankungen unterworfen sind, sondern infolge der Stetigkeit des Bedarfs gesenkt und ihre Schwankungen gemildert werden.

Eine weitere Folge wäre eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeiten über das ganze Jahr, was zweifellos einen guten Einfluß auf die allgemeine Preisgestaltung sowie auf die Tarif- und Lohnpolitik haben würde.

Der Plan soll umfassen:

- 1. Die Wohnungsneubautätigkeit.
- 2. Die Wiederinstandsetzung des Althausbestandes.
- 3. Den Straßenbau.
- 4. Die Bau- und Instandhaltung öffentlicher Gebäude, Straßen-, Verkehrs- und Kraftanlagen, sowie Kanalisation.
- 5. Die Bautätigkeit der Reichsbahn und der Reichspost.

Hierzu ist im einzelnen zu bemerken:

**Zu 1. Die Wohnungsneubautätigkeit.** Erforderlich ist eine unverzügliche reichs- und landesrechtliche Regelung zur fortlaufenden Bereitstellung der erforderlichen Mittel für den Wohnungsbau, um diesen zeitlich unabhängig von den Beschläüssen der gesetzgebenden Körperschaften und konjunkturellen Schwankungen zu machen. Dabei soll die Hauszinssteuer im Reich einheitlich erhoben und abgeführt werden. Zum Zwecke der Ermöglichung des Bauens durch die Privatwirtschaft und zum Zwecke der hierfür erforderlichen Schaffung einer angemessenen Rentabilität des Bauens ist der Unterschied zwischen Alt- und Neubaumieten durch Senkung der Neubaumieten und entsprechende Erhöhung der Altbaumieten zu verringern.

Die Finanzmaßnahme der Wohnungsneubauten sollte nach sorgfältiger Prüfung von Art und Umfang des örtlichen Bedarfs erfolgen.

**Zu 2. Die Wiederinstandsetzung des Althausbestandes:** Da ein großer Teil des Baugewerbes und Bauhandwerkes regelmäßig nicht in der Neubautätigkeit, sondern in Reparaturgewerbe Beschäftigung findet, und da infolge der zur Durchführung großer Arbeiten nicht ausreichenden Mittel beim Hausbesitz und der mangelnden Kreditgewährung durch das Handwerk die notwendigen Arbeiten nicht durchgeführt werden können, sind besonders geeignete Maßnahmen zu treffen, die die erforderlichen Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten und den Umbau zu einwandfreien Wohnungen ermöglichen.

Hierfür sind öffentliche Mittel bereitzustellen. Die Vergütung dieser Mittel hat in Form kurzfristiger Reparaturdarlehen zu erfolgen. Die Organisationen und Institutionen des Hausbesitzes können mit der Verteilung dieser Mittel beauftragt werden. Sie hätten die Haftung für die Rückzahlung zu übernehmen nach dem in Bayern seit Jahren mit Erfolg angewandten Verfahren.

**Zu 3. Straßenbau.** Die gegenwärtige Krisis der Bauwirtschaft sollte auch durch Verbesserung der vorhandenen Straßen und neuer Straßenbauten zu mildern versucht werden. Die Mittel hierfür sollten beschafft werden aus einer Auslands-Straßenbau-Anleihe, deren Tilgungs- und Zinsendienst aus der Kraftfahrzeugsteuer zu erfolgen hätte.

**Zu 4. Bau und Instandhaltung öffentlicher Gebäude, Straßen-, Verkehrs- und Kraftanlagen sowie Kanalisation:** Die Einstellung der Arbeiten auf allen diesen Gebieten im Reich, in den Ländern und in den Gemeinden verstärkte die Arbeitslosigkeit. Es muß unter allen Umständen für Wiederinstandsetzung dieser Arbeiten in weitestem Ausmaße Sorge werden.

Die Mittel hierfür müssen durch Gesetzgebung im Finanz- und den Ländern und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

**Zu 5. Bautätigkeit der Reichsbahn und der Reichspost:** Es ist hier die Grundidee, daß durch Arbeitseinstellung die Wirtschaft teilweise zum Stillstand gebracht wurde. Eine Wiederinstandsetzung der Arbeiten ist unbedingt erforderlich.

Es ist zu untersuchen, ob die von der Reichsbahn benötigten Mittel aus einer Reichsbahn-Anleihe beschafft werden können, deren Zinsen- und Tilgungsdienst aus der Verkehrssteuer zu erfolgen hätte.

Die Beschaffung der Mittel für die Reichspost könnte erfolgen aus laufenden Einnahmen bzw. durch Aufnahme kurzfristiger Kredite.

Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge sollen für die vorgenannten Zwecke dienstbar gemacht werden.

In den Gesetzen ist jeder Eingriff in das Privateigentum ohne gerechte Entschädigung zu unterlassen. Wohlerworbene Rechte sind zu schützen.

Ueber die Notwendigkeit der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft besteht allgemeine Uebereinstimmung, nur über das Tempo ihres Abbaues herrschen verschiedene Ansichten. Es wird sich als praktisch notwendig erweisen, den schrittweisen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft in den Plan von vornherein einzustellen und die Reichsregierung um Vorlage eines entsprechenden Gesetzes zu ersuchen, wobei selbstverständlich den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Rechnung zu tragen ist.

Bei dem Neubau von Wohnungen ist darauf zu achten, daß der Gesamterstellungspreis dem allgemeinen Feuerungsindex möglichst angeglichen wird. Dies könnte u. a. geschehen:

- 1. durch Herabsetzung des Zinsfußes für Bau- und Hypothekengelder,
- 2. durch Senkung der Bauherstellungskosten,
- 3. durch Vermeidung aller vertretenden Zwischenstellen bei den zuständigen Behörden.

Der Wohnungs- und Siedlungsausschuß hat Bericht und Zeitfuß des Untersuchungsausschusses einstimmig gutgeheißen und werden die Vorschläge sofort den zuständigen Ministerien zugeleitet.

Dringend notwendig wäre es, wenn endlich alle in Betracht kommenden Stellen den Ernst der Lage erkennen und die notwendigen Schritte ziehen würden. Die Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Not ist so groß, daß schwerste Erschütterungen zu erwarten sind, wenn nicht durch Schaffung von Arbeit Abhilfe geschaffen wird.

## Gegen Verschlechterung der Krankenversicherung.

Der Vorstand des ADGB hat einmütig folgende Entschlüsse gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf zur „Reform der Krankenversicherung“ angenommen:

„Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung vorgelegt, der den entscheidenden Widerspruch aller Beteiligten, an der Krankenversicherung positiv interessierten Kreise herbeizuführen muß. Gegen die klar geäußerte Absicht der Regierung, mit diesem Entwurf nicht etwa dem sozialen Fortschritt und den Interessen der Versicherten dienen zu wollen, sondern durch einen Abbau der Leistungen jährlich den Betrag von 300 bis 400 Millionen Reichsmark zu ersparen, legt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den schärfsten Protest ein. Er weist mit Nachdruck auf die ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit hin, die sich insbesondere aus der finanziellen Belastung der Versicherten bei Inanspruchnahme von Arznei und Medikamenten ergeben würden. In der durch Einschränkung der Arbeitsgeber und der Versicherungsbehörden erschwerten Beitragsfestsetzung erblickt der Bundesvorstand den planmäßigen Versuch, die Rechte des Versicherten in den Krankenkassen zu beschränken und den Ausbau der Leistungen zu verhindern. Die Vorschläge zur Neuregelung des kassenärztlichen Systems und zur Bekämpfung der Zersplitterung in den Krankenkassen müssen als völlig ungenügend bezeichnet werden.

Ziel einer von sozialpolitischen Grundfragen ausgehenden Reform der Krankenversicherung muß eine Ausdehnung des Versichertenkreises, eine Lösung der Arztfrage durch Gewährung stärkerer Kontrollrechte an die Krankenkassen und eine durchgreifende Reform der Organisation durch Beseitigung aller Sonderklassen und Zwergklassen sein.

Der Bundesvorstand erwartet von allen Fraktionen des Reichstags, die gewiß sind, den heute mehr denn je gesteigerten sozialen Bedürfnissen der Arbeitererschaft zu dienen, daß sie dem Abbau eines in Jahrzehnten bewährten sozialen Schutzgesetzes mit allen Mitteln entgegenzutreten.“

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Bundesvorstand erwartet von allen Fraktionen des Reichstags, die gewiß sind, den heute mehr denn je gesteigerten sozialen Bedürfnissen der Arbeitererschaft zu dienen, daß sie dem Abbau eines in Jahrzehnten bewährten sozialen Schutzgesetzes mit allen Mitteln entgegenzutreten.“

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Die Gewinnanteile werden verzinst (der Zinssatz für die gutgeschriebenen Gewinnanteile ist für das Jahr 1929 bei 7 Prozent festgesetzt worden) und bei Fälligkeit der Versicherungssumme mit ausbezahlt. Die tarifmäßige Versicherungssumme wird durch diese jährlich angefallenen und verzinsten Gewinnanteile beträchtlich erhöht. Und 20 Millionen Reichsmark machen bereits die den Versicherten der Volksfürsorge zustehenden Gewinnanteile und Zinsen aus. Der Grundgedanke: „Alle Gewinne den Versicherten!“ kommt also bei der Volksfürsorge praktisch zur Durchführung.

Aus der Bilanz für den Schluss des Geschäftsjahres 1929, die in Altiva und Bassiva mit je 94,7 Millionen Reichsmark abschließt, seien noch folgende Posten angeführt:

Altiva: Grundbesitz 2,1 Millionen Reichsmark, Hypotheken und Grundschuldforderungen 49,2 Millionen Reichsmark, Schuldscheinforderungen gegen öffentliche Körperschaften 22,6 Millionen Reichsmark, Wertpapiere 7,1 Millionen Reichsmark, Guthaben bei Bankhäusern (Bankabteilung der GEG-Hamburg, Arbeiterbank-Berlin, Arbeiterbank-Filiale Hamburg) 6,6 Millionen Reichsmark. Das Vermögen beläuft sich am Jahreschluss auf rund 88 Millionen Reichsmark.

**Bassiva: Aktienkapital 25 Millionen Reichsmark (davon eingezahlt 1 Million Reichsmark), Prämienreserven 63,4 Millionen Reichsmark, Gewinn 9,9 Millionen Reichsmark.**

Die Volksfürsorge ist als Unternehmen der Arbeiterschaft an deren Wohlergehen nicht nur menschlich, sondern auch geschäftlich stark interessiert. Weist es der Arbeiterschaft gut, dann finden die Vertrauenspersonen der Volksfürsorge auf den Verbänden bei den Leuten ein willigeres Ohr. Die Volksfürsorge, Ende 1912 gegründet, hat die Kriegs- und Inflationszeit verhältnismäßig gut überstanden; sie entwickelte sich in wenigen Jahren zu einem bedeutenden und anerkannten Versicherungsunternehmen, dem von den Gewerkschaften und Genossenschaften zwei Hauptaufgaben gestellt wurden, die sie in vorbildlicher Weise löste:

Allen Volksgenossinnen und -genossen eine gute und billige Lebensversicherung zu bieten, als wichtiges Kreditinstitut zur Förderung der sozialen und gemeinnützigen Bestrebungen der Arbeiterbewegung auf dem Gebiete der Selbsthilfe zu dienen.

**25 Jahre Verbandsangestellter.**

Der Redakteur des „Steinarbeiter“, Hermann Siebold, feierte in diesen Tagen sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsangestellter. Er trat 1906 in das Hauptbüro des Steinarbeiterverbandes ein. 1906 wurde ihm das Amt des 2. Vorsitzenden übertragen. Wie in den übrigen Gewerkschaften, trat bei Kriegsende auch im Steinarbeiterverband eine grundlegende Veränderung ein. Die angestellten Kräfte im Hauptbüro wurden vermehrt, und dem Kollegen Siebold wurde die Redaktion der Verbandszeitung übertragen. Dieser neuen Tätigkeit hat sich Siebold mit aller Liebe gewidmet. Davon legt die wesentliche Ausgestaltung des „Steinarbeiters“ Zeugnis ab. Wir wünschen, daß es dem Jubilatar noch lange vergönnt sein möge, sein Blatt in der bisherigen musterquäligsten Weise zu leiten.



**Glas-Berufsgenossenschaft im Jahre 1929.**

Die Geschäftsberichte der Träger der Unfallversicherung bieten in mancherlei Beziehung interessante Angaben und Zahlen. So enthalten dieselben nicht nur Angaben über Zahl und Art der Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, sie geben auch weiter Aufschluß über den Beschäftigungsgrad in dem betreffenden Berufskreis, Höhe der verdienten Löhne usw.

Sobald gibt die „Glas-Berufsgenossenschaft“ ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1929 heraus, dem folgende Einzelheiten entnommen seien. Am Jahresende gehörten der Genossenschaft 1546 versicherte Betriebe mit 96 621 Arbeitnehmern an. Die versicherten Betriebe verteilen sich auf: Weißhohlglashütten 207, Tafelglashütten 43, Flaschenhütten 34, Gubglashütten 17, Facettenschleifereien 442, Verarbeitung von Flachglas 337, Kristallglashleifereien 258, übrige Verarbeitung von Hohlglas 208; zusammen 1546.

Die nachgewiesene Lohnsumme erreichte die Höhe von 183 874 649 RM. Die Ausgaben der Genossenschaft verteilen sich auf folgende Hauptposten: durch die Post gezahlte Entschädigungen 947 529 RM, direkt gezahlte Entschädigungen 374 589 RM, Unfallverhütungskosten 19 551 RM, Verfahrenskosten 60 991 RM, Verwaltungskosten 117 625 RM.

gemeldet, von denen 112 zu einer Entschädigung führten. Die Genossenschaft schreibt hierzu:

„Die Schwierigkeiten in der Diagnose des Feuerstars und in der Beurteilung der durch ihn verursachten Erwerbsminderung sind trotz weiterer Forschung, Erfahrung und fachärztlicher Besprechung nicht behoben. Eine Anzahl von Verletzten lehnt es auch heute noch ab, zwischen Alters- und professionellem Star zu unterscheiden. Der Vorschlag einer planmäßigen periodischen Untersuchung aller 30- bis 40-jährigen Glasmacher, zu welcher im Vorjahre bereits ein Betrag bis zu 5000 RM bewilligt wurde, hat bisher noch keine greifbare Gestalt angenommen.“

Man kann die Schwierigkeiten, die der Genossenschaft hier entgegenstehen, verstehen. Der Plan einer allgemeinen periodischen Untersuchung der Glasarbeiter ist begrüßenswert. Zu bemängeln ist leider nur, daß er noch nicht greifbare Form angenommen hat. Uns erscheint auch der für diesen Zweck ausgeworfene Betrag von 5000 RM sehr gering. Interessant und lehrreich ist eine Aufstellung der Genossenschaft, bei welchen Tätigkeiten bzw. in welcher Art von Betrieben der Glasmacherstar am meisten auftritt. Die entschädigten 112 Starfälle verteilen sich: Hohlglas 49, Flaschen 58, Tafelglas 3, Gubglas 2; zusammen 112. Hieraus ist zu ersehen, daß das Augenlicht der Arbeitenden in Hohlglashütten und Flaschenfabriken besonders großen Gefahren ausgesetzt ist.

**Verschmelzungsfragen.**

Am 9. August halten der deutsche Glasarbeiterverband mit dem Sitz in Fannwald und der Verband der Keramarbeiter der Tschechoslowakei mit dem Sitz in Fischern in Teplitz ihre letzten Verbandstage ab. Beide Organisationen geben ihr Eigenloben auf und werden am 10. August einen gemeinsamen Verbandstag abhalten, auf dem die Verschmelzung dieser Organisationen zu einem Einheitsverband beschlossen werden soll. Zwei alte Organisationen, die eine lange und schwere Vergangenheit hinter sich haben, treten nunmehr zusammen. Harte Kämpfe haben diese Organisationen in der Zeit ihres Bestehens hinter sich. Die Glasindustriellen im alten Oesterreich, später die Industriellen der Tschechoslowakei, führten die Ausnutzung gegen die Arbeiterschaft in der gleichen Form wie bei uns in Deutschland. Auch das Los der Glas- und Keramarbeiter war ein betrübendes. Wir erinnern dabei nur an die betrübenden Vorgänge, die sich wiederholt durch den Ausbruch von Hungerkrawallen der Glasschleifer im Isergebirge abgespielt haben, und die zum Eingreifen der Behörden führten. Bei diesem Eingreifen kam für die Arbeiter herzlich wenig heraus. Nur die Öffentlichkeit wurde wach gerufen und nahm Kenntnis von den ungeheuerlichen Vorgängen, der langen Arbeitszeit, der schlechten Ernährung und schlechten Entlohnung der Glasschleifer des genannten Bezirks. Waren die Hungerkrawalle beigelegt, dann war die Öffentlichkeit wieder beruhigt, und die Organisation der Glasarbeiter mußte den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung allein führen. In diesem Kampf haben die Glasarbeiter in Oesterreich große und gewaltige Opfer getragen. Nach dem Krieg mit der Loslösung der Tschechoslowakei vom alten Oesterreich waren die Verhältnisse nicht anders, und auch noch heute entsprechen die Löhne der Glasarbeiter nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen.

Insgesamt sind zur Bestreitung aller Unkosten für das Berichtsjahr 2 063 747 RM umgelegt. Auf je 1000 RM Lohnsumme kommt demnach ein Umlagebetrag von 11,22 RM. Als Rücklage führt der Bericht eine Summe von 507 716 RM an.

Zur Anmeldezeit gelangten im Berichtsjahre 6545 Betriebsunfälle einschließlich 285 Fälle von Berufskrankheiten und 479 Anfälle auf dem Wege von und nach der Arbeitsstelle. Im Vorjahre wurden insgesamt 5987 Schadensfälle gemeldet. Von den Versicherungsfällen des Berichtsjahres hatten 26 den Tod zur Folge, 106 eine dauernde teilweise, und 442 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Betrachtet man dagegen die Zahlen des Vorjahres (21 tödliche Unfälle, 51 mit dauernder teilweiser und 379 mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit), so muß man leider eine nicht unerhebliche Steigerung der Schadensfälle feststellen. Wie fast alle anderen Träger der Unfallversicherung, so klagt auch die Glas-Berufsgenossenschaft darüber, daß die Wegeunfälle eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren haben. So fallen beispielsweise allein von den 26 tödlichen Unfällen 7 auf Wegeunfälle. Von den 454 entschädigten Unfällen (ohne Berufskrankheiten) ereigneten sich Montags 67, Dienstags 67, Mittwochs 84, Donnerstags 74, Freitags 77, Sonnabends 67, Sonntags 18. Wertwürdigerweise geht hieraus hervor, daß sich die meisten Unfälle an den mittleren Wochentagen ereigneten. Eine Erklärung enthält der Bericht hierüber leider nicht.

Bei der Durchsicht des Geschäftsberichts sowie des „Technischen Berichts“ fällt eine Merkwürdigkeit auf. Beide Berichte enthalten kein Wort über etwa von der Genossenschaft vorgenommene Betriebsbesichtigungen, dabei vorgefundene Mängel, Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften usw. Es ist dies um so auffälliger, als andere Genossenschaften gerade über diese Fragen sehr ausführlich berichten und diesen Dingen in ihren Berichten ganze Seiten widmen. Warum schweigt sich die Glas-Berufsgenossenschaft in dieser Beziehung vollkommen aus? Liegt hierzu ein besonderer Grund oder Anlaß vor? Man könnte fast auf den Gedanken kommen, daß im Berichtsjahre Betriebsbesichtigungen überhaupt nicht stattgefunden haben. Dies kann aber nicht gut der Fall sein, ist doch im Rechnungsabschluss ein Betrag von fast 20 000 RM unter „Unfallverhütungskosten“ eingeleitet. Dieser Betrag zergliedert sich: Beratung und Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften 813 RM, Ueberwachung der Betriebe 15 800 RM, Rettung Verunglückter und sonstige Aufwendungen 2935 RM.

Es ist, wie bereits erwähnt, unverständlich, aus welchem Grunde die Genossenschaft ihre bei den Betriebsrevisionen gemachten Erfahrungen und Feststellungen der Öffentlichkeit vorzuenthält.

Nicht anders lagen die Dinge für die Keramarbeiter und vor allem der Porzellanarbeiter. Eine sehr intelligente Arbeiterschaft kann die Porzellanindustrie aufweisen, deren Produkt in allen Ländern der ganzen Welt ungeheuren Ruf besitzt. Aussprechen darf man, daß unter den Porzellanarbeitern eine größere Zahl künstlerisch veranlagter Arbeiter beschäftigt waren und heute noch beschäftigt werden. Trotzdem hat die Porzellanindustrie dieses Landes nicht den Aufstieg wie in Deutschland genommen. Das liegt nicht an der fleißigen und intelligenten Arbeiterschaft, sondern an den zerrütteten politischen Verhältnissen des alten Oesterreich, und nach dem Krieg wurde den Wünschen der Porzellanarbeiter in der Republik der Tschechoslowakei auch nicht entsprochen. Wenn auch in der Keramindustrie, nicht minder in der Glasindustrie, durch die Kraft der Arbeiterorganisationen Verbesserungen getroffen wurden, so wurden die deshalb geführten Kämpfe immer schwerer; denn auch die Industriellen hatten es verstanden, ihre Organisationen zu festigen und führten den Kampf gegen die Arbeiter mit großer Energie.

Wie als andere Genossenschaften wird die Glas-Berufsgenossenschaft durch Berufskrankheiten in Anspruch genommen. Hier ist es besonders der „Star“, der alljährlich seine Opfer fordert. So wurden im Jahre 1929 insgesamt 156 Starfälle

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß im Berichtsjahre insgesamt Entschädigungen gezahlt worden sind an: 2534 Verletzte, 236 Witwen, 156 Kinder und Enkel und an 9 sonstige Verwandte Verunfallter.

**Belgischer Glasarbeiterkongreß.**

Kollege Delzant-Paris berichtet:

Die Glasarbeiter Belgiens, deren Organisation voriges Jahr der Zentrale der Bau- und Fabrikarbeiter beitrug, hielten am 7. Juni in Brüssel den Kongreß ihrer Fachgruppe ab.

Der Kongreß vereinigte die Vertreter der Kelch-, Flakon- und Flaschenmacher, Spiegelglasarbeiter und Magazinarbeiter. Die Glasarbeiterunion (Fensterglasbläser), die bisher autonom war, wurde als Gast eingeladen und war durch ihren Vorsitzenden, Oskar Lejour, und ihren Sekretär vertreten. Ich selbst vertrat die Glasarbeiter-Internationale.

Im Namen der Zentrale der Bau- und Fabrikarbeiter hieß E. Gryson alle Anwesenden willkommen und erklärte, warum die Glasarbeiter zu einer besonderen Versammlung am Tage vor dem Kongreß der Zentrale zusammengetreten waren.

Léon Gris, Sekretär der Bechermacher, wurde zum Kongreßleiter gewählt und eröffnete die Sitzung; Henri Caprasse, Propagandasekretär für die Glasarbeiter in der Zentrale, erstattete den Bericht:

„Die Gründe der Einberufung des Kongresses beruhen hauptsächlich in der Beunruhigung, die bei den Arbeitern des Weißglases herrscht wegen der Einführung der automatischen Maschinen in der Becherglaserei und der Flakonglasfabrikation. In mehreren Fabriken ist die Rede von der Einrichtung der Roifrant-Maschine zur Herstellung der Flakons. Andererseits wurde vor kurzem in Soignies eine große Fabrik gebaut, wo man zur Zeit Maschinen zur Herstellung von Tischgläsern experimentiert. Das Kapital dieser Fabrik beträgt 100 Millionen Franken. Kapital und Maschinen sind amerikanisch.

In Belgien bestehen 21 Fabriken, in denen gewöhnliches Haushaltglas hergestellt wird, mit 31 Öfen à 10 bis 12 Häfen von je 600 kg Inhalt. Weiter zählt man 7 Flakonglasfabriken, die dieselben Öfen benutzen. In beiden Branchen geschieht die Herstellung von Hand. Die Betriebe beschäftigen 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Beunruhigung der Arbeiter der Weißglasindustrie ist um so berechtigter, als sie das Beispiel der Tafelglashütten vor Augen haben, die gänzlich mechanisiert und rationalisiert, sich augenblicklich in einer noch nie dagewesenen Verwirrung be-

findet. Die mechanische Herstellung wurde da ohne jegliche Kontrolle gesteigert. Da nun der Absatz beschränkt ist infolge der amerikanischen Zollmaßnahmen und der Konkurrenz der neuen Industrieländer, merkt man, daß man rationalisieren muß im Sinne der Einschränkung. Zwei Drittel der Betriebe liegen still und ein großer Teil von ihnen wird wohl gelöscht bleiben.

Die Spiegelglashütten, die durch den kapitalistischen Optimismus ebenfalls übertrieben in die Höhe geschraubt wurden, kennen Arbeitslosigkeit und arbeiten nur zu 50 Proz. ihrer Mittel. Die Arbeiter der Kelchglas- u. Flakonglasfabriken sehen die Konkurrenz voraus, die aus der neuen Fabrikation entstehen wird. Auch sind sie nicht bereit, Stoffe dazu zu liefern. Sie wollen in der alten Art, so lange sich diese noch halten wird, die dort eroberten Vorteile aufrechterhalten: Achttundentag und Tagesarbeit.

Mit den Maschinen kommen natürlich die Wannenhöfen und mit diesen die Nacharbeit. Die Arbeiter sind voller Erwartung, welches Regime in den automatischen Betrieben eingeführt werden wird: Arbeitszeit, Anzahl der Schichten, Lohn, Sonntagsruhe, Werbung und Art des Personals.

Wir legten den internationalen Standpunkt bezüglich der mechanischen Industrien dar; die durch das Fehlen einer Regelung hervorgerufene Unordnung; unsere Hoffnung auf eine Konvention, die wir vom Internationalen Arbeitsamt erwarten; die Stellung der Frage vor unserem internationalen Kongreß, der nächsten August in Stockholm tagen wird. Wir baten den Kongreß, sich von dieser Stellung leiten zu lassen und die Beschlüsse des Kongresses abzuwarten, um sich diesen anzuschließen.

Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Wille der Arbeiter zum Ausdruck kommt und in der verlangt wird, daß die Gewerkschaftszentrale einschreite, um eine Kontrolle über die Entwicklung der mechanischen Industrien zu fordern, da die Produktion auf die Absatzmöglichkeiten Rücksicht nehmen sollte; daß auf jeden Fall die Tagesarbeit in den Hafenhöfen aufrechterhalten bleibe; daß, da nunmehr in der mechanischen Produktion keine Lehre mehr notwendig ist, die Kinderarbeit dort verboten werde; daß man eine Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung ins Auge fasse, da ein Teil dieser Vorteile der Rationalisierung den Arbeitern zusteht. C. D.

Aus diesen Ursachen entstand der Gedanke des Zusammenschlusses. Der Gedanke ist zur Tat geworden. Am 10. August findet der gemeinsame Verbandstag statt, auf dem der Schlußstein zur gemeinsamen Organisation gelegt werden soll. Die Vorbereitungen zur gemeinsamen Organisation sind soweit gediehen, daß der zu fassende Beschluß nur rein formeller Natur ist. Die Glas- und Porzellanarbeiter Deutschlands, die im Keramischen Bund innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes vereinigt sind, begrüßen den neuen Verband und wünschen, daß der Zusammenschluß nie bedauert wird. Die neue Organisation wird den Namen führen: Verband der Glas- und Keramarbeiter und -arbeiterinnen der Tschechoslowakischen Republik, mit dem Sitz in Teplitz-Schönau, Wattstraße. Damit haben die Verbände der Glasarbeiter, mit dem Sitz in Tannwald und der Verband der Keramarbeiter, mit dem Sitz in Fischern, ihr Eigenleben aufgegeben. Der neuen Organisation bringen wir ein herzlich willkommen entgegen.

Leider ist der Zusammenschluß damit nicht vollkommen. Wir haben noch den Verband der Glasarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik mit seinem Sitz in Teplitz. Es wäre unser sehnlichster Wunsch, wenn auch die Glasarbeiter der Tschechoslowakei recht bald den Zusammenschluß oder den Anschluß an die neue Organisation finden würden. Es besteht zwischen der neuen Organisation und dem Verband der Glasarbeiter für die Tschechoslowakei eine Abmachung, ein bestimmter Ueberbau bald zu einem festen Gebäude führt, das seine Grundmauer in der neugeschaffenen Organisation gefestigt hat.

**Cöpenick.**

Die Aussperrung in Cöpenick läuft un verändert weiter. Die Firma bemüht sich, durch Ergänzung und Anforderung bei Arbeitsämtern Facharbeiter nach Cöpenick zu bekommen. Es wird erneut darauf aufmerksam gemacht, daß Arbeitsangebote unter allen Umständen zu unterlassen und Reisen nach Cöpenick zwecklos sind.

In anerkanntester Weise hat das Bezirksamt Cöpenick versucht, in den Lohnstreit durch einzugreifen. Die gemachten Vorschläge sind aber von den Aussperrten kaum zu akzeptieren.

Der Polizei muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie mehr zum Schutze der Firma, als zum Schutze der Aussperrten tätig ist. Es wird an anderer Stelle über das Verhalten der Polizei noch zu berichten sein.

Es sind Verhandlungen aufgenommen worden, dahingehend, daß die getroffenen Maßnahmen einiger wildgewordener Polizeibeamten in Zukunft zu unterbleiben haben.

Nach wie vor bleibt die Glasfabrik Marienhütte in Cöpenick für Arbeitswunde gesperrt.





### Internationales Bestreben.

#### Um die Anerkennung der Silikose als Berufskrankheit.

Durch Gesetz vom Februar 1929 ist für Deutschland die schwere Staublungenerkrankung (Silikose) für die Betriebe der Sandsteingewinnung, -bearbeitung und -verarbeitung, für Metallschleifereien, für die Porzellanbetriebe und für die Betriebe des Bergbaues als Berufskrankheit im Sinne der Unfallversicherung anerkannt. Auf internationalem Gebiet haben bis jetzt nur die Staaten Deutschland, Oesterreich, Belgien, Bulgarien, Kuba, Finnland, Großbritannien, Ungarn, Indien, Irland, Japan, Lettland, Luxemburg, Norwegen, Niederlande, Portugal, Schweden, Schweiz und Jugoslawien diese Gesetzesvorschrift ratifiziert. Eine ganze Reihe von Ländern, in denen auch insbesondere die Porzellan-, Steingut- und Stelzzeugindustrie dominiert, haben heute noch keine gesetzlichen Bestimmungen über Entschädigungen der Silikose als Berufskrankheit. Auch in Deutschland ist die Silikose nur für die Porzellanindustrie als Berufskrankheit erklärt. Die große Industriegruppe Steinguterzeugung, Wandplatten, Fußbodenplatten, Fliesen, die Steinzeugindustrie, die gesamte grobkeramische Industrie ist von der Verordnung noch ausgenommen. Am 25. Mai 1930 fand auf Einladung des Internationalen Sekretariats der Steinarbeiter in Brüssel eine Konferenz statt zu dem Zweck, das Internationale Arbeitsamt in Genf anzuregen, daß die Silikose als Berufskrankheit in allen Ländern und für alle Berufsgruppen, bei denen sie vorkommt, als entzündungspflichtige Berufskrankheit anerkannt wird. An der Sitzung nahmen der internationale Sekretär der Bergarbeiter Delattre, Brüssel, der internationale Sekretär der Keramarbeiter A. P. eil, Charlottenburg, der internationale Sekretär der Steinarbeiter für Belgien, teil. Kolb verwies einleitend auf die bisherigen Arbeiten für Anerkennung der Silikose als unfallentschädigungspflichtig. Er gab einen kurzen geschichtlichen Überblick, wie sich der Begriff Staublungenerkrankung herausgebildet hat, hinweisend auf die früher als Lungentuberkulose bezeichneten Steinhauer-, Porzellan- und Bergarbeiter-Krankheiten. Er weist auch noch auf Autoritäten hin, die heute noch diese Staublungenerkrankung immer wieder mit der Tuberkulose verbinden. Heute sei aber einwandfrei festgestellt, daß speziell bei Steinarbeitern, bei Bergarbeitern und auch bei Porzellan-, Steingut- und Steinzeugarbeitern diese Staublungenerkrankung auftritt. Er belegt zahlenmäßig die Ausdehnung dieser Krankheit und ihre Entwicklung. Dann gibt er ein Bild über die heutige gesetzliche Verordnung zum Schutz gegen die Silikose und als Anerkennung als Berufskrankheit im Sinne der Berechtigung für Entschädigung in den einzelnen Ländern. Kolb führt aus, wie speziell die Steinarbeiter-Internationale schon seit 27 Jahren beständig für Verwirklichung des Begehrens auf besseren Schutz gegen die Staublungen-

krankheit arbeite und weist auf die bezüglichen Forderungen in bezug auf Arbeitszeit, Arbeitsmethoden und Werkstattarbeitsverhältnisse hin. Er weist aber auch auf die große Mithilfe des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hin, auf seine Bestrebungen, auf sein so gut gesammeltes statistisches Material und den Einfluß, den dieses Amt durch seine Mitwirkung bei verschiedenen Landesbehörden zu unsren Gunsten ausgeübt hat. Kolb erwähnt die weiterhin vorgesehenen Arbeiten in dieser Frage, die Beratungen auf dem nächsten internationalen Silikose-Kongress in Johannesburg und beweist an Hand dieser Ausführungen die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der drei internationalen Beruisssekretariate, welche eine Linderung der Staublungenerkrankung anregen müssen.

In der Diskussion sprachen sich die zwei anderen internationalen Sekretäre ebenfalls sehr warm für eine weitere Ausdehnung der gesetzlichen Schutzvorschriften gegen die Silikose und für ein gemeinsames Vorgehen aller drei Gruppen aus, es war allgemein der Wunsch vorhanden, in der Frage der Silikose in Zukunft gemeinsame Schritte zu unternehmen. Es wurde betont, daß insbesondere für Deutschland der Begriff schwere Staublungenerkrankung geändert werden müsse, und daß vor allem der Kreis, auf den die gesetzlichen Bestimmungen heute angewendet werden können, erweitert werden müsse. Nach ausgiebiger Diskussion, und nachdem der Genosse Kolb beauftragt wurde, persönlich beim Internationalen Arbeitsamt in Genf vorstellig zu werden, um die Wünsche zu begründen, wurde folgende Resolution angenommen und von den drei internationalen Sekretären unterzeichnet dem Internationalen Arbeitsamt in Genf zugesandt:

#### Resolution.

Die Sekretäre der Internationalen Vereinigung der Bergarbeiter, der Keramarbeiter und der Steinarbeiter stellen an die Arbeitskommission des Internationalen Arbeitsamtes das Begehren, sie möchte dahin wirken, daß auf die Tagesordnung einer der nächsten Arbeitskonferenzen die Frage der Bekämpfung der Silikose und ihre Anerkennung als unfallentschädigungsberechtigt gesetzt werde.

Sie übermitteln an Herrn Dr. Carozzi vom Internationalen Arbeitsamt den Wunsch, er möchte bei der nächsten internationalen Konferenz in Johannesburg dahin streben, daß auch die internationale permanente Kommission der Berufskrankheiten beauftragt werde, ebenfalls für Verwirklichung der anfangs erwähnten Begehren nach Möglichkeit einzustehen.

Die Sekretäre werden eine Berichterstattung vom Kongress in Johannesburg durch Herrn Dr. Carozzi mit Dankbarkeit entgegensehen.

### Der englische Keram-Arbeiterverband im Jahre 1929.

Aus dem Jahresbericht unserer englischen Bruderorganisation geht hervor, daß im Jahre 1929 sowohl in bezug auf die Mitgliedschaft, als auch in bezug auf die Verbandsfinanzen Fortschritte erzielt wurden, obgleich betont werden muß, daß auf diesem Gebiete noch viel zu tun bleibt.

Wegen der Kündigung des Tarifvertrages haben zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer Verhandlungen stattgefunden. Obgleich auf beiden Seiten auf der ersten Konferenz eine Kündigung des Tarifvertrages von beiden Seiten nicht gewünscht wurde, mußten wir auf der zweiten Konferenz zu unserem Erstaunen erfahren, daß die Arbeitgeber eine 10prozentige Senkung des Lohnes herbeiführen wollten, sofern die Regierung den Schutzzoll auf Porzellaneinfuhr in England vor dem 11. Februar 1931 widerruft. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitnehmern abgelehnt. Sie schlugen demgegenüber folgendes vor:

Eine Kündigung der Tarife soll vor dem 30. Juni 1930 nicht stattfinden. Inzwischen soll ein gemischter Ausschuss sich mit folgenden Fragen befassen:

1. Bezirksweise Festsetzung von Mindestpreisen,
2. die übermäßige Beschäftigung von Jugendlichen,
3. Regelung des Lehrlingswesens,
4. die Löhne der weiblichen Arbeitnehmer.

Die Arbeitgeber lehnten diesen Vorschlag ab. Daraufhin berieten sich die Arbeitnehmer auf die Vereinbarung, wonach im Jahre 1929, gemäß Artikel 4 des Tarifvertrages, keine Kündigung stattfinden soll, sofern nicht die Regierung im laufenden Jahre eine Aufhebung der Schutzzölle auf Porzellan beabsichtigt. Nur in diesem Falle sieht der Vertrag die Möglichkeit einer Kündigung vor, und zwar innerhalb von 7 Tagen nach Widerruf der Schutzzölle durch die Regierung.

In bezug auf die Lehrlingsfrage erklärten sich die Arbeitgeber bereit, darüber in einem gemischten Ausschuss zu verhandeln.

#### Die Entschädigung von Berufskrankheiten.

Nach jahrelangen Kämpfen ist das Gesetz, betreffend die Entschädigung von Silikose am 1. Januar 1929 in Kraft getreten und die ersten Entschädigungen sind am 1. Februar zur Auszahlung gelangt. Nachstehende Übersicht zeigt, daß eine große Zahl von Silikose-Fällen unserer Mitglieder mit Erfolg durchgekämpft werden konnten; insgesamt wurden dafür

etwa 5000 Pf. St. (100 000 RM) an Entschädigungssummen zur Auszahlung gebracht.

#### Ausgezahlte Entschädigungsbeträge im Jahre 1929.

	Anzahl Abfindungen u. der Vereinbarungen Fälle		Wöchentliche Renten		Insgesamt
	Pid. St. s. d.	Pid. St. s. d.	Pid. St. s. d.	Pid. St. s. d.	
Silikose	54	3759 0 0	1484 12 6	5342 12 6	
Bleivergiftung	18	1737 10 0	230 13 7	1968 3 7	
Dermatitis, Unfälle usw.	19	2309 10 0	106 3 9	2415 13 9	
<b>Insgesamt</b>		<b>7806 0 0</b>	<b>1821 9 10</b>	<b>9627 9 10</b>	

Ende Dezember erhielten 53 Mitglieder wöchentliche Renten in Höhe von 67.14.2 Pfid. St., rund 26 RM pro Woche für eine Person.

Wir waren betrebt, eine weitere Verbesserung der Silikose-Verordnung durchzusetzen, insbesondere fordern wir eine Ausdehnung der Silikose-Verordnung auf Steinzeugfabrikation (Rockingham trade) und Glasurer, ferner eine Verbesserung der gegenwärtigen Bestimmungen über Blei und Bleidämpfe. Schließlich soll eine Konferenz zur Beratung dieser Fragen zwischen dem britischen Innenministerium, den Porzellanindustriellen und dem britischen Keramarbeiterverband stattfinden. Weiter verlangen wir, daß die Lagerhausarbeiter unter die Bestimmungen des Fabrikgesetzes gestellt werden.

Der Bericht weist auf die politische Tätigkeit des Verbandsvorsitzenden hin, der sich insbesondere im Rahmen der Politik der britischen Arbeiterpartei um eine Verbesserung der Arbeitslosenversicherung und des Gesetzes, betreffend Witwen und Waisen, bemüht hat.

In bezug auf die internationale Federation der Keramarbeiter weist der Bericht auf die Kopenhagener Konferenz im August 1929 hin und teilt mit, daß in dem deutschen Kollegen Tuisko Apel ein außerordentlich energischer internationaler Sekretär gewählt wurde, dessen nächste Aufgabe darin besteht, den internationalen Lohnvergleich der Keramarbeiter in den angeschlossenen Ländern fertig zu stellen.

Die Einnahmen und Ausgaben des englischen Verbandes balancieren mit etwa 26 000 Englischen Pfund.

### Rosenthal-Brüffel in Geld.

#### 2 Millionen Volt Spannung.

Wenig höher steht auf dem Hügel neben der Rosenthal-Porzellanfabrik das neue Wahrzeichen von Selb, das bisher größte elektrotechnische Bräuwerk von Europa, das Rosenthal Hochvoltwerk.

Das neue Versuchsfeld soll insbesondere der wissenschaftlichen Erforschung der Isolationsfragen für hohe Spannungen dienen. Nachdem heute schon Leitungen für 200 000 Volt im Betrieb sind, die später auf eine Betriebsspannung von 300 000 Volt erhöht werden können, zeigt die Erdspannung mit 1 Million Volt kaum mehr aus, um den Vorgang der Schließung der Hochspannung zu unterstützen, da derartige Leiter für 200 000 bzw. 300 000 Volt erst bei etwa einer Million überholten werden können.

Es hat daher nicht etwa eine Art Rekordbau, das Versuchsfeld für die gewaltige Spannung von 2 Millionen Volt vorzuziehen, sondern diese hohe Bräuspannung ist schon jetzt zur praktischen Klärung der Isolationsfragen von Höchstspannungsleistungen notwendig und wird, wenn die Entwicklung der Hochspannungstechnik in ähnlicher Weise Tempo, wie bisher, zunimmt, in wenigen Jahren auch den Bedürfnissen der Praxis entsprechen, denn für die zukünftige europäische Sammelleitung wird eine Übertragungsleistung von 200 000 bis 300 000 Volt nicht mehr genügen.

Bei dem Bau des Bräuwerkes, dem größten und heftigsten Steiner Leiter, wurden alle Erfahrungen und Erkenntnisse der letzten Jahre verwertet. Grundbedingung wurde die Festlegung, daß die Anlage der betriebsmäßigen entspricht. Insbesondere wurden alle Anlagen für einjährige Erbauung vorgesehen. Weiter wurde dafür gesorgt, daß eine genügend hohe

Leistung zur Verfügung steht. Alle Apparate und Maschinen sind in hoher Sonderkonstruktion, die nur mit Rücksicht auf die Anforderungen einer einwandfreien Nachahmung praktisch herstellbar waren.

Das größte Gebäude wurde in Eisenbeton, mit eisernen Dachstuhl ausgeführt, wobei das Dach flach ausgebildet wurde um auch Versuche im Freien ausführen zu können. Da fast alle Versuche im Dunkeln vorgenommen werden müssen, um die besten Lichterscheinungen feststellen zu können, und es andererseits sehr schwierig oder sogar unmöglich ist, einen lichtdichten Vorhang der Fenster zu erhalten, wurde das ganze Gebäude ohne Fenster ausgeführt. Die riesigen Abmessungen des Versuchsfeldes von 29:22:2 Meter ergaben sich aus den großen Abständen, die bei 2 Millionen Volt erforderlich sind, um Lichtbogenüberschläge von den Apparaten an den Händen zu vermeiden.

Das Versuchsfeld enthält zwei von einander unabhängige Anlagen, nämlich die Wechselspannungsanlage mit der normalen Periodenzahl und die Gleichstromspannungsanlage, die gesteuert, elektrische Widerstände stufenartigen Charakters auf die Isolatoren zu geben. Dazu kommt noch die Hochfrequenzanlage, die augenblicklich noch im alten Bräuwerk untergebracht ist und ebenfalls für über 2 Millionen Volt gegen Erde gemessen ist.

Zur Erzeugung der Wechselspannung dienen zwei Transformator für je 1 Million Volt gegen Erde, von denen der erste bereits im Betrieb ist. Außer einer ähnlichen, etwas kleineren Ausführung im Bräuwerk der VEG, ist dieser Transformator der einzige bisher gebaute Transformator, der 1 Million Volt gegen Erde in einem einzigen Kessel zu erzeugen vermag.

Der große Vorteil der neuen Bauart ist insbesondere der geringe Raumbedarf und ferner die übersichtliche Konstruktion und einfache Regulierung. Der Transformator hat eine Gesamthöhe von über 8 Meter. Trotz dieser riesigen Abmessungen fügt er sich gut in die allgemeine räumliche Anordnung ein, ebenso wie die übrigen Apparate.

Die Spannungsmessung geschieht mit einer Kugelfunkentstrecke, deren Kugel einen Durchmesser von 2400 Millimeter haben. Auch dieser Apparat stellt eine Neukonstruktion dar, da die größten, bisher gelieferten Kugeln 1000 Millimeter im Durchmesser nicht überschreiten.

In dem vom Versuchsaum abgetrennten Maschinenraum sind die Antriebsmaschinen sowie die Zellen zur Aufnahme der Schaltapparate untergebracht. Die Maschinenfundamente sind durch einen 10 Millimeter breiten Luftspalt von dem übrigen Gebäude vollständig isoliert, damit die mechanischen Erschütterungen nicht auf das Gebäude übertragen werden.

Die Gleichstromspannungsanlage stellt die größte überhaupt heute bestehende Stromanlage dar, sie ist daher ebenfalls eine Erstausführung. Die einzelnen Kondensatoren, die zur Erzeugung von 2,2 Millionen Volt in Reihe geschaltet werden, sind räumlich übereinander angeordnet, so daß eine sehr geringe Grundfläche notwendig ist. Den Abschluß bildet die Kugelfunkentstrecke mit Kugeln von 1500 Millimeter Durchmesser. Die Stromanlage ahmt Überspannungen nach, die durch Blitzschläge in die Leitung hervorgerufen werden. Rein äußerlich betrachtet, ist daher der Strohüberschlag ein kurzer schwarzer Knall mit starker Leuchterscheinung, während bei Wechselstrom der Lichtbogen längere Zeit bestehen bleibt. Strohüberschläge bei 2 Millionen Volt machen daher den Eindruck von Mörserabwürfen.

Großer Wert wurde auf die Schaltanlage gelegt. Sämtliche Schaltungen sind von einer Zentralfeste, nämlich dem Schaltpunkt auf der ersten Ebene aus, vorzunehmen, so daß der prüfende Ingenieur keine zeitraubenden Wege zu machen hat und das ganze Versuchsfeld gut zu überblicken ist. Um Unfälle unmöglich zu machen, sind sämtliche Türen mit Kontakten versehen, die beim Öffnen der Türen die Schalter auslösen und den Raum spannungslos machen.

Wir wollen hoffen, daß dieses Bräuwerk mit dazu beiträgt, daß die elektrotechnischen Porzellanfabriken in Deutschland wieder mehr Aufträge und bessere Beschäftigung bekommen. Der Bau ist auch ein Beweis dafür, daß sich die Porzellanfabrik Rosenthal bemüht, auch mit ihrer elektrotechnischen Erzeugung den höchsten Anforderungen gerecht zu werden.

#### Goran.

Direktor Voh von der Porzellanfabrik C. & E. Carlens in Gorau ist seit Jahren befreit, die tüchtigsten, leistungsfähigsten Facharbeiter möglichst nur zum Tariflohn nach Gorau zu bekommen. Das Bestreben hatte anscheinend nicht den gewünschten Erfolg, denn Voh sucht immer wieder mal Fachleute ganz besonderer Art. Anscheinend verlangen die fachlichen Spezialisten, wie sie Voh sich wünscht, entsprechende Bezahlung; aber davon ist er kein Freund, deshalb tritt jetzt wieder Mangel an „positiven“ Quantitätsarbeitern in der Porzellanfabrik Gorau ein. Was Voh von „seinen“ Leuten eigentlich verlangt, wußten wir bisher noch nicht, aber endlich bekommt man einen Begriff, wenn man liest, was er von einem Oberdreher fordert. Auf sein Anschreiben zum Vortage eines Oberdrehers bekam der folgende folgende Brief von Voh:

„Können Sie im Afford qualitativ und quantitativ soviel drehen, daß Sie mindestens 20 Proz. über den Mindestlohn verdienen?“

Wir verlangen nämlich von den Vorgesetzten, daß sie imstande sind, ihren Untergebenen das vorzumachen, was man von einem Dreher oder Gelehrer heute verlangen muß, wenn die Fabrik bestehen soll. Wir verlangen also dienende Herren und nicht herrschende Diener.

Eventuell müssen Sie uns die Menge aufgeben, die Sie zu leisten in der Lage sind, wenn Sie auf diesen Posten ernsthaft reflektieren. Wenn Sie sich bewähren, sind Aufstiegsmöglichkeiten bei uns stets vorhanden.

Vorsichtungsmaß

C. & E. Carlens.  
ges.: Voh.

Wir bringen dieses Schreiben der Kollegenchaft zur Kenntnis, damit sie Herrn Direktor Voh auch von dieser Seite kennen lernen. Wir enthalten uns jeder Kritik und möchten nur hinzusetzen: Uns kommt es so vor, als leide Voh sehr stark an einer fixen Idee, die ihn als Diener von C. & E. Carlens völlig beherrscht. Die Spezialisten tun gut, zu bleiben, wo sie sind, wenn sie entsprechend ihrer Leistung bezahlt werden wollen.

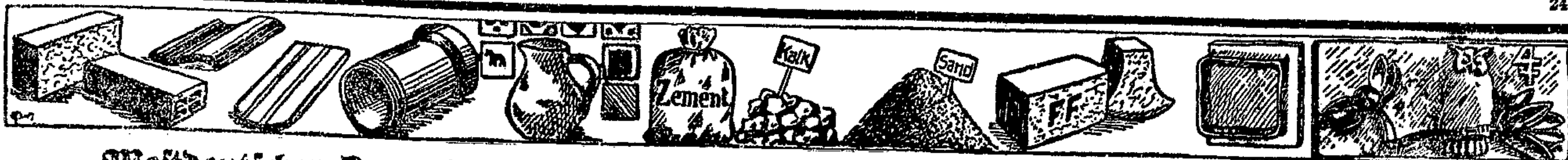
### Organisationsgeschichtliches der Porzellanarbeiter in England.

(Fortsetzung.)

Es folgt nun die Zeit der Schiedsgerichtsbarkeit. Im Juli 1868 wurde ein Schiedsgericht für das Porzellangewerbe errichtet. Das erste Jahr seiner Existenz war hauptsächlich ausgefüllt mit der Betrachtung der Gut-vom-Ofen-Frage, ohne daß irgendwelche Fortschritte in der Sache gemacht wurden. Im zweiten Jahre wurde mehr Ernst auf beiden Seiten gezeigt, und endlich stimmten beide der folgenden Bestimmung zu: „Die Arbeiter sollten alle beschädigten Waren bezahlt bekommen, wenn der Schaden nicht durch mangelnde Aufsicht entstanden oder durch schlechte Arbeit verschuldet war. Keine Bezahlung sollte dagegen für schlechte Ware erfolgen, wenn dem Arbeiter nachgewiesen wird, daß ihn ein Verschulden trifft.“ Die Arbeiter waren sehr stolz, diese Bestimmung erhalten zu haben, und sie waren der Meinung, daß diese Bestimmungen in der Theorie zum Gut-vom-Ofen-System treiben würden. Es ist unnötig, Ausführungen über die verschiedenen kleinen Streitigkeiten und Schiedssprüche zu machen, die stattgefunden haben.

Sechs Wochen vor dem Martinstag 1872 schlugen die Arbeiter zwei Tarifänderungen vor. Die eine war, daß das Gewerbejahr am ersten Montag im August enden sollte, anstatt am 11. November, und die zweite war, daß alle Arbeiten verrechnet und bezahlt werden sollten, wenn der Arbeiter die Ware fertiggestellt habe. Die Bezahlung nach dem Brand sollte abgeschafft werden. Die Unternehmer behaupteten, daß diese letzte Sache in den Tarifbestimmungen festgelegt sei, und daß es nicht mehr möglich sei, sie vor ein Schiedsgericht zu bringen. Die Arbeiter aber waren enttäuscht, daß die Arbeit unter den genannten Bestimmungen stand und verlangten die Durchführung ihrer Forderung. Einige Arbeiter verlangten eine Erhöhung ihrer Löhne und sagten, daß sie kein Schiedsgericht über diese Frage zulassen würden, wenn nicht die Unternehmer einverstanden wären mit einem Schiedsgericht über die obengenannte Bestimmung. Darauf erfolgte eine Aussprache. Das Ende war ein Übereinkommen, daß der Schiedsrichter sagen sollte, ob die Bestimmungen walteten, ein Schiedsgericht über die Streitfrage einzusetzen, und er entschied, daß das nicht der Fall sei. Die Aussprache wurde zurückgezogen, und die anderen Angelegenheiten wurden dem Schiedsgericht unterbreitet. Die Flach- und Hohlwarenerformer arbeiten bis zum heutigen Tage noch nach dem Gut-vom-Ofen-Prinzip. (Fortsetzung folgt.)





### Westdeutscher Zementverband fordert Lohnsenkung.

Der Westdeutsche Zementverband hat in Essen seine Jahreshauptversammlung abgehalten, auf der das hohe Lieben von der Lohn- und Preisentwicklung in allen Tonarten gesungen worden ist. Im Ansprechen großzügig, erklärt auch der Verband, daß die Zementpreise gesenkt werden können. Doch sollen zuvor die Löhne und Kohlenpreise gesenkt werden, dann auch sei die Zementindustrie bereit, die Frage der Preisentwicklung zu prüfen. Der Unkostenfaktor sei zu hoch, womit in großem Umfange auch die sozialen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung usw. gemeint sind. Wie man sieht, stehen die Zementindustriellen in ihren Forderungen den westdeutschen Eisenherren in nichts nach. Das Signal für den Lohnabbau ist gegeben. Aber die Zementindustriellen dürfen nicht glauben, daß die Devisenlücke so bumm ist und den Dividendenjäger in der Zementindustrie nicht kennt. Wenn irgendein deutscher Wirtschaftswissenschaftler eine fühlbare Preisentwicklung bei gleichzeitiger Lohnsenkung vertragen kann, so ist es gerade die Zementindustrie. Eine Zementpreisentwicklung von der Senkung der ohnehin schon miserablen Zementarbeiterlöhne abhängig zu machen, sozusagen jetzt die Zementarbeiterlöhne für das Dableiben der Bauwirtschaft verantwortlich zu machen, ist das stärkste Stück, was sich die auch sonst in ihren Argumenten nicht bescheidenen Zementindustriellen leisten können.

Die westdeutschen Zementindustriellen können sich nicht beklagen. Zugegeben wird, daß die Verbandsfirmen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nicht schlechter sind als im Vorjahre. Im Mai sei eine günstige Abwärtsentwicklung erreicht worden, die weit über die Vorjahreserwartungen in diesem Monat liegen. In den letzten Wochen soll sich das Geschäft verschlechtert haben. Daran haben die Arbeiter aber keine Schuld; wer die Schuldfrage prüfen will, muß bei der Wirtschaftspolitik der Unternehmer anfangen und nicht bei den Löhnen der Arbeiter.

Im übrigen steht gerade der Westdeutsche Zementverband auf einem wackligen Boden, wohin ihn seine eigene Kartellpolitik gebracht hat. Man ist denn auch um die Reform des Verbandsvertrages wie die Rache um den heißen Brei herumgegangen.

gen, ohne sich der Tatsache zu verschließen, daß der Vertrag doch eine andere Fassung bekommen muß. Bekanntlich hat man den Vertrag Ende vorigen Jahres auf ein Jahr, bis zum 31. Dezember 1930 provisorisch verlängert. Inzwischen ist es aber nicht zu einer Entspannung, sondern eher noch zu einer Verschärfung der Lage gekommen, wobei die starke Expansion des Wikinglagers eine bedeutende Rolle spielt. Ueberhaupt machen die Außenleistungswerte der Verbandsfirmen große Schwierigkeiten. Uebrigens ist auch auf der Jahreshauptversammlung das Abbröckeln von Verbandsfirmen, die sich der Diktatur der Syndikate nicht fügen wollen, wieder lebhaft besprochen worden. Die „Vossische Zeitung“ weiß zu berichten, daß „klare Anzeichen eines bevorstehenden Kampfes der verschiedenen Hauptgruppen unter sich vorhanden sind“. Der Zusammenschluß der Bonner Zementfabrik mit der Zementfabrik Dyckerhoff sowie der Abschluß des Gegenleistungsvertrages dieser Gruppe mit den Portlandzementfabriken in Heidelberg, eine Gruppierung, die sich hauptsächlich gegen den Wikinglagers und die von dieser Seite erwarteten starken Quotenforderung richtet, hat die Gegensätze bedeutend verschärft.

Es wird also wieder ein Kampf ausgefochten werden, bei dem sehr viel Energie und Geld verpulvert wird. Wie immer wird auch dieser Kampf auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen. Anstatt einmal ernsthaft die Nichtigkeit der bisherigen Kartellpolitik nachzuprüfen und eine gründliche Umstellung vorzunehmen, wird durch Klugheit der Zusammenhaltenschaube die Lage immer gespannter gemacht. Es ist den Arbeitern nicht gleichgültig, welche Richtung die Kartellpolitik einschlägt. Dauernd Prügelknabe zu sein, durch Betriebsbeschränkungen, Entlassungen und Lohnsenkungen fortwährend für die verkehrte Wirtschaftspolitik der Unternehmer bestraft zu werden, das muß doch schließlich einmal ein Ende haben. Aber ein mögen sich die Arbeiter aus diesen neuesten Vorgängen merken: dieser Unternehmerrückgriff muß eine starke Arbeiterorganisation entgegengestellt werden, damit die Lohnabbaupläne abgewehrt werden können.

beiter Hornung sofort zu entziehen. Ja, wir bringen mit aller Deutlichkeit noch einmal zum Ausdruck, daß die Bewilligung von vornherein schon falsch war und deshalb sprechen wir die unbedingte Erwartung aus, daß das Landesarbeitsamt Nordmark jetzt eingreift. Auch sprechen wir die Hoffnung aus, daß das Arbeitsamt Neumünster auf Grund der Einstellung des Herrn Hornung in Zukunft die Arbeitslosen Neumünsters nicht mehr zwingt, bei Androhung der Entziehung der Erwerbslosenunterstützung bei der Firma Hornung in Arbeit zu treten, denn eine solche Firma hat nicht das Recht, die Arbeiterschaft in der Form auszunutzen, wie das bisher durch die Firma Hornung geschehen ist. Möge die Arbeiterschaft der Firma Hornung insbesondere, und auch die gesamte Arbeiterschaft aus dieser Bewegung die Lehre ziehen, daß sie sich rechtlos gewerkschaftlich organisiert, um ihr Recht zur Geltung zu bringen und sich dadurch das Mitbestimmungsrecht in der Lohn- und Tariffrage sichert. Wenn die gesamte Arbeiterschaft sich freigewerkschaftlich organisiert, dann wird trotz Deutscher Hilfe und Herrn Hornung die Arbeiterschaft sich ihr Recht schon verschaffen, damit einer solchen Ausbeutung der Arbeiterschaft, wie sie von der Firma Hornung bisher betrieben wurde, das Ende bereitet wird. Betriebe mit Lohn- und Arbeitsverhältnissen wie bei der Firma Hornung auf dem Torfwerk in Einsfeld haben jede Existenzberechtigung verloren. Die Arbeiterschaft ist nicht auf die Welt gekommen, um solche Betriebe durch niedrige Lohnsätze aufrechtzuerhalten, damit die Arbeitgeber ein annehmbares Leben führen können.

Wäre die Arbeiterschaft rechts Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands gewesen und wäre sie solange Mitglied, daß sie nach dem Verbandsstatut voll unterstützungsberechtigt wäre, dann wäre unsere Antwort die Stilllegung des Betriebes gewesen. Leider war das aber nicht der Fall. Wir werden aber trotzdem alle Mittel in Anwendung bringen, alle gesetzlichen Forderungen in Anspruch nehmen, um Hornung die Durchführung des vom staatlichen Schlichtungsausschuss in Kiel gefällten Schiedspruches zu verhindern. Den Arbeitern der Firma Carl Hornung, soweit sie sich von den Vertretern der Deutschen Hilfe oder deren Helfershelfer haben betören lassen, rufen wir zu: Besinnt euch auf euch selbst, stellt euch in Reich und Glied mit den freien Gewerkschaften, in dem Fall werdet Mitglied des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands! Der Deutsche Fabrikarbeiterverband bietet euch die Gewähr, daß ihr vor solcher Ausbeutung, unter der ihr bisher zu leiden hattet, geschützt seid. Bezirksabteilung Kiel: Fr. Kunz.

### Was Arbeitgeber glauben, sich leisten zu können.

Allgemein ist bekannt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterkraft der Textilindustrie mit zu den ungünstigsten aller Branchen gehören. Der Arbeiterkammerrat Schleswig-Holstein ist bekannt, was sich in dieser Hinsicht die Firma Carl Hornung, Torfwerk in Einsfeld b. Neumünster, in Bezug auf schlechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse geleistet hat. Lange und unregelmäßige Arbeitszeit, niedriger Lohn waren die Grundlage eines von Herrn Hornung diktierten Arbeitsverhältnisses, welches nicht mehr zu überbieten war. Das Arbeitsverhältnis war für die Arbeiterschaft so unerträglich, daß selbst die Arbeitslosen in Neumünster sich weigerten, durch Vermittlung des Arbeitsamtes Neumünster bei der Firma Hornung in Arbeit zu treten. Um der Erwerbslosenunterstützung nicht verlustig zu gehen, waren die Erwerbslosen leider gezwungen, sich nach diesem Paradies zu begeben. Bei dieser Arbeitsvermittlung haben sich sehr oft Szenen abgespielt, die kaum zu schildern sind.

Seit Jahren hat sich die Leitung der Ortsgruppe Neumünster des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands bemüht, die bei der Firma Hornung beschäftigte Arbeiterschaft zu organisieren. Leider blieb dieses Bemühen bis in die jüngste Vergangenheit ohne Erfolg. Eine für den 9. November 1929 nach dem Betrieb einberufene Betriebsversammlung konnte wegen Nichtbeteiligung der Beschäftigten nicht abgehalten werden. Erst am 7. Dezember 1929 war es möglich in einem Lokal in Einsfeld eine Betriebsversammlung abzuhalten, um zu den unhaltbaren Zuständen im Betrieb Stellung zu nehmen. Auf Grund der vorgerückten Jahreszeit wurde von der Arbeiterschaft beschlossene, die Angelegenheit bis zum Frühjahr 1930 zu vertagen.

Es mag sein, daß Herr Hornung von diesen Dingen Kenntnis erhalten hat, denn bereits Anfang 1930 richtete Herr Hornung an das Arbeitsamt Neumünster das Ersuchen, ihm 20 ausländische Arbeiter (Polen) für seinen Betrieb zu genehmigen, angeblich mit der Begründung, daß die deutschen Arbeiter nicht in der Lage seien, die Vorarbeiten zu verrichten. So etwas erlaubt sich Herr Hornung als deutscher Patriot, wo doch die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland bereits 3,5 Millionen betrug. Soweit wir unterrichtet sind, hat das Arbeitsamt Neumünster diesen Antrag mit Recht abgelehnt. Herr Hornung gab sich aber mit dem Entschluß des Arbeitsamtes Neumünster nicht zufrieden und leitete seinen Antrag an das Landesarbeitsamt Nordmark in Hamburg weiter. Leider hat der Verwaltungsausschuss des Landesarbeitsamtes Nordmark Herr Hornung nicht 20, sondern die Beschäftigung von 10 ausländischen Arbeitern bewilligt. Wie wir erfahren haben, soll die Bewilligung nur unter der Bedingung erfolgt sein, daß sich Herr Hornung bereit erklärt, mit dem Deutschen Fabrikarbeiterverband die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln. Diesen Verlangen soll Herr Hornung zugestimmt haben. Jedoch Versprechen und Halbescheit bei Herrn Hornung ein unbekannter Begriff zu sein.

Am 5. April 1930 fand dann wieder in Einsfeld eine Betriebsversammlung statt, die zur Einleitung einer Lohn- und Tarifbewegung Stellung nehmen sollte. Da durch Einlegung einer zweiten Schicht ein Teil der Belegschaft an der Betriebsversammlung nicht teilnehmen konnte wurde beschlossen, die Versammlung zu vertagen, und eine weitere am 26. April 1930, ebenfalls in Einsfeld, abzuhalten. Diese Versammlung war sehr gut besucht. Nach einer eingehenden Aussprache wurde die Verhandlung beauftragt, an die Firma Hornung das Ersuchen zu richten, zunächst einen Wahlvorstand für die Wahl eines Betriebsrates zu bestellen, damit die Betriebsratswahl erfolgen könne. Die Arbeiterschaft erlaubte sich, Herrn Hornung, da ein Betriebsrat bisher nicht bestand, einen Vorschlag für den Wahlvorstand zu unterbreiten. Gleichzeitig unterbreitete die Arbeiterschaft der Firma ihre Vorschläge zum Betriebsrat. Die Folge davon war, daß Herr Hornung, oder besser Betriebsleiter, die Kollegin Frau Wegt, die mit als Betriebsratsmitglied vorgeschlagen war, entließ, trotzdem sie an dem betreffenden Tage bereits 10 1/2 Stunden gearbeitet hatte, also über die gesetzliche zulässige Arbeitszeit hinaus. Von der Verbandsleitung mit der Firma in dieser Hinsicht geführte Verhandlungen brachten keine Verfrüherung. Herr Hornung, um den guten Mann zu spielen, überließ seinem Betriebsleiter, der nebenbei ein Neffe des Herrn Hornung ist, die Entscheidung, und dieser Herr weigerte sich abseits, Frau Wegt wieder einzustellen. Die Firma Hornung bestellte aus dem Kreis der sogenannten Werarbeiter einen Wahlvorstand und stellte eine andere Vorschlagsliste zum Betriebsrat auf. Schon die Aufstellung der Wählerliste zeigte recht deutlich, wie die Sache gelassen werden sollte. Es waren nämlich Personen, wie Dienstmädchen usw., die mit dem Betrieb absolut nichts zu tun hatten, auf die Wählerliste gesetzt, die nachher auf unseren Einspruch gestrichen worden sind. Herr Hornung merkte ebenfalls, daß seine bisherige Herrschaft, seine Tyrannenherrschaft, gebrochen werden sollte, und deshalb

mußte er sich nach einem Retter in der Not umsehen. Dieser Retter in der Not war dann auch bald gefunden in der Vereinigung der sogenannten „Deutschen Hilfe“, die sich ebenfalls als tariffähige Organisation bezeichnete.

Herr Hornung ist auch mittlerweile Mitglied des Industrieverbandes in Neumünster geworden und hatte Herrn Dr. Nagel die Erledigung der Lohn- und Tariffrage mit uns übertragen.

Es muß auch noch gesagt werden, daß die Arbeiterschaft bei Aufstellung ihrer Forderungen sowohl in Bezug auf den Manteltarifvertrag als auf das Lohnabkommen sich die allergrößte Bescheidenheit auferlegte. Es sind die Regelung der Arbeitszeit, des Aufschlags für Überstunden, die Regelung der Arbeitszeit, die Kündigung des Arbeitsverhältnisses, die Lohnperiode, die jetzigen Einrichtungen und im Fall von Streiksituationen das Schlichtungsverfahren gefordert. Als Spitzenlohn für Arbeiter über 20 Jahre wurde ein Stundenlohn von 7 Pf. für Arbeiterinnen über 20 Jahre von 50 Pf. gefordert. Gewiß, gemessen an den bisher gezahlten Löhnen war die Forderung an und für sich verhältnismäßig hoch.

Die erste Verhandlung fand am 26. Mai 1930 in Neumünster statt, in der über die Bestimmungen des Manteltarifvertrages verhandelt worden ist, man kann auch sagen Komödie gespielt wurde. Es war der Firma Hornung nicht Ernst mit dem Deutschen Fabrikarbeiterverband einen Tarifvertrag abzuschließen. Das bewies Hornung am Schluß dieser Verhandlung, indem er erklärte, über den von uns eingereichten Lohn-tarifentwurf überhaupt nicht zu verhandeln. Die Verhandlung mußte als vollständig gescheitert betrachtet werden.

Die Zahlstellenleitung ersuchte den staatlichen Schlichtungsausschuss in Kiel um Anberaumung eines Termins, um die strittige Angelegenheit zu regeln. Die Erste Verhandlung vor dem staatlichen Schlichtungsausschuss in Kiel fand am 10. Juni 1930 statt. Gleich zu Beginn der Verhandlung erklärte Herr Dr. Nagel, daß für die Firma Hornung keine Veranlassung mehr vorliege mit dem Deutschen Fabrikarbeiterverband einen Tarifvertrag abzuschließen, da sie bereits mit der Deutschen Hilfe einen Tarifvertrag abgeschlossen habe. Von unserer Seite wurde die Tariffähigkeit der Deutschen Hilfe bestritten. Herr Dr. Nagel weigerte sich, dem Schlichtungsausschuss den Nachweis zu führen, daß die Deutsche Hilfe tariffähig sei. Es wurde vom Vorsitzenden des staatlichen Schlichtungsausschusses an uns die Frage gerichtet, ob wir bereit seien, an einer gemeinsamen Verhandlung mit Vertretern der Deutschen Hilfe teilzunehmen. Wir bejahten diese Frage. Die nächste Verhandlung fand dann am 16. Juni 1930 vor dem staatlichen Schlichtungsausschuss in Kiel statt. Zu dieser Verhandlung waren zwei Vertreter der Deutschen Hilfe erschienen, die ihre Tariffähigkeit mit einer Entschuldigend des Arbeitsgerichts Altona beweisen wollten. Von unserer Seite wurde trotzdem die Tariffähigkeit der Deutschen Hilfe bestritten und erklärt, daß wir es ablehnen mit der Deutschen Hilfe gemeinsam einen Tarifvertrag abzuschließen. Das Ergebnis einer Sonderberatung des Schlichtungsausschusses war, daß die Frage, ob die Deutsche Hilfe tariffähig sei oder nicht, nicht entschieden wurde, sondern dieses sei Sache eines Arbeitsgerichts. Weiter entschied der staatliche Schlichtungsausschuss, daß unbekümmert des Tarifvertrages der Deutschen Hilfe mit Herrn Hornung die Mitglieder des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes, die bei der Firma Hornung beschäftigt sind, ebenfalls das Recht haben, einen Tarifvertrag abzuschließen. Unsererseits wurden die von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen begründet. Hornung und Dr. Nagel lebten es ab, irgendwelche Ausführungen zu dem Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Deutschen Fabrikarbeiterverband zu machen. Nach einer längeren Sonderberatung fiel der Schlichtungsausschuss einen einstimmigen Schiedspruch, wonach die Vorschläge, die wir zum Abschluß eines Manteltarifvertrages gemacht hatten, im großen und ganzen ihren Ausdruck fanden. In der Lohnfrage besagte der Schiedspruch, daß die Stundenlöhne erhöht werden. Die Lohnzulage mach für Arbeiter über 18 Jahre 8 Pf. für Arbeiterinnen 11 Pf. die Stunde und gegenüber dem mit der Deutschen Hilfe abgeschlossenen Lohnvertrag ein Mehr von 3 Pf. für Arbeiter und Arbeiterinnen aus.

Die Arbeiterschaft hat diesen Schiedspruch angenommen. Hornung hat ihn abgelehnt. Wenn nun Herr Hornung glaubt, sich von dem vom staatlichen Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch entbinden zu haben, so werden wir trotzdem alles in Bewegung setzen, um Hornung zur Anerkennung und Durchführung dieses Vertrages zu bringen. Wenn Herr Hornung glaubt, mit Hilfe des in seinem Betrieb geschützten Vereins Deutsche Hilfe die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft zurück zu machen, so erhoffen wir das Gegenteil. Für uns ist es eine glatte Selbstverständlichkeit, daß das Landesarbeitsamt Nordmark die Pflicht hat, die bewilligten 10 ausländischen Ar-

### Dach- und Backsteine.

Der Gebrauch der Ziegel läßt sich bis in das früheste Altertum zurückführen. Alt-Babylon verwendete in der Sonne gebrannte Lehmsteine zu seinen in kolossalen Dimensionen gehaltenen Bauten, die auch mit solchen Ziegeln gedeckt waren, und zwar wurde die Verbindung derselben untereinander mit Erdbarz hergestellt. Ägypten ferner hinterließ uns vielfache Ueberreste von Mauern, die aus gleichem Material, teils mit zähem Ton verbunden waren, teils mit Erdbarz, obwohl in diesem Lande auch schon Backsteine, gebrannte Ziegel, mit Erdbarzverbindungen sowohl für Mauern wie für die meist flachen Dächer in Anwendung kamen. Neu-Babylon zeigte neben einer ausgebildeten Quaderarchitektur vielfach auch Mauerwerk aus gebrannten Ziegeln und bereits die Anwendung von glasierten Steinen. Die zu den Dächern benutzten Ziegel waren aus gebrannt und in Regenten tritt uns dasselbe Baumaterial schon in den frühesten Zeiten überall entgegen. Es ist somit natürlich, daß die spätere Zeit in allen Ländern ohne Ausnahme eine mehr oder minder ausgebildete Ziegeltechnik vorfindet, die sich im klassischen Altertum zu der auf hoher Stufe stehenden Keramik ausbildete. Die Römer, die vielfach auf den Ziegelbau, namentlich schon ihrer Gewölbe wegen, angewiesen waren, hatten bereits eine vollständige Kenntnis der Ziegelfabrikation und fertigten auch besondere Dachziegel an. Vitruvius widmete diesem Gegenstande im zweiten Buche seines Werkes das ganze dritte Kapitel. Er unterrichtet aber immer noch zwischen latereis und testas; erstere waren noch die an der Sonne getrockneten Lehmsteine, die anderen waren die gebrannten Ziegel und Dachsteine. Interessant ist es, hierbei von dem alten Architekten der römischen Zeit zu erfahren, daß die Dachziegel, die zu Caecilius und Maxilla im senförmigen Spanien, und die zu Pania in Kleinasien hergestellt wurden, nach dem Trocknen auf dem Wasser schwammen; die gleiche Behauptung findet sich übrigens auch bei zwei griechischen Schriftstellern des Altertums, nämlich bei Strabo und Posidonius. Man sollte seinerzeit diesen Behauptungen nicht recht glauben, doch hat bereits im vorigen Jahrhundert Professor Grenberg den Nachweis erbracht, daß dies bei Anwesenheit von Infusorienverde möglich ist; auch in der Nähe von Siena in Italien hat man eine leichte flockige Erde unter dem Namen Erdwühl, die gebrannte Ziegel von einem so leichten Gewicht gibt, daß diese Dachsteine, ehe sie sich mit Wasser gefüllt haben, auf dem Wasser schwimmen. Vitruvius berichtet über den Ziegelbau, daß die Griechen, außer, wo man mit Feldsteinen bauen konnte, zu den Wänden die Ziegel vorzogen, weil sie von einiger Dauer sind, wenn sie senkrecht stehen. Daher haben sie ihre öffentlichen Gebäude und ihre Königsburgen auf diese Art erbaut, so auch die Mauer bei Athen, welche die Richtung nach dem Berge Pnyx hat, zu Botrai die Tempel für Zeus und Herakles, obgleich sie dieselben mit Säulen und Bündecken von Steinen umgaben; zu Tralles Attalos Königsburg, bezugsweise zu Sardes die des Kroisos, welche sie später zum Rathhaus machten; zu Salicarnates die des Königs Mausolos, welche sämtlich noch gegenwärtig bestehen. In Satalaimon ließen Murena und Varro während ihrer Abreise das Ländchen von den Ziegelwänden ablösen, saßen es wegen der vorzüglichsten Malerei in höherer Rahmen und brachten es nach Rom, um das Comitium damit zu schmücken; und obgleich dies Werk an sich schon bewundernswürdig war, so machte es, so weit er geht, noch mehr Aufsehen. Auch in Italien findet sich zu Arretium und Veveia eine Mauer von Ziegelsteinen. In Rom werden keine Gebäude der Art aufgeführt, weil keine Wand von anderhalb Fuß mehr als ein Stockwerk trägt und es verboten ist, eine gemeinschaftliche Mauer dicker zu machen, auch die Beschaffenheit der Zwischenwände gestattet es nicht. Daß die Technik der Ziegelfabrikation im Mittelalter eine äußerst ausgebildete war, das lehren uns hauptsächlich die Bauten derjenigen Länder, die auf den Bau mit Backsteinen angewiesen waren. Herrliche Bauten finden sich in dieser Beziehung in Oberitalien, und nicht minder schöne Bauten sind in dieser Zeit in Norddeutschland entstanden, wobei oft seltsame Formen von Dachziegeln zur Anwendung kamen. Von dieser Zeit an aber kommt die Ziegelfabrikation geradezu in Verfall, es gelangt nichts Bedeutendes mehr darin, da die Verfeinerung der Wandflächen mittels Stücks meistens aus Wörtern die Oberhand gewann. Man kam sogar vielfach auf getrocknete Lehmsteine zurück, wie aus einem Werte über die „Civilbaukunst“ von D. Müller aus dem 17. Jahrhundert zu entnehmen ist, in welchem ein Haumeister Sturm sich folgendermaßen vernehmen läßt: „Weil sich jetzt in Teuffelsland so mehr und mehr der Holzangel herporbrüt, lassen sich viele von dem Riecelbrennen abschrecken. Wiewohl ich die Ungünstigkeit



dieser Artlage darzulegen, so will ich doch raten, daß man nicht den gebräunten Ziegeln, auch auf getrocknete denken sollte, weil die Sonnenhitze nicht so leicht. Zu diesem Ende könnte man grobe hölzerne Scheunen aufrichten, deren Dächer man könnte auf einer Seite gegen die Sonne herunterfallen lassen, daß die Sonne auf die Ziegel scheinen könne, so würde man nur wenig Leute bedürfen, die das Dach herabziehen durch Hilfe etlicher Rammräder oder Flaschenzüge, wenn die Sonne scheint, bei Nacht aber, und wann es regnet, wieder aufzulegen. Im übrigen müssen sie die Ziegel öfters in den Schatten oder halben Schatten aus der Sonne versehen, damit sie allmählich von innen heraus trocknen und nicht zugleich von außen, wovon sie notwendig müssen aufspringen. Unter drei oder vier Jahren sollte man solche Ziegel nicht für ausgetrocknet halten, noch gebrauchen." Nach weiterer Ausführung dieser Fabrikationsmethode heißt es: daß solches wirklich in Teutschland angehe, hat man bereits an einem Ort, der ziemlich Witternachtswärts liegt, mit großem Nutzen erfahren. Solche Ziegel sind leicht und erfordern daher weniger Grund; sie nehmen auch den Bewußt besser an als die gebrannten." Man sieht hieraus, daß die Ziegelfabrikation des 17. Jahrhunderts eine sehr primitive war, und daß nur noch vereinzelt, vielleicht mehr in Töpfereien, ein besseres Ziegelgut hergestellt wurde, das sich aber mehr auf die Fabrikation von Dachziegeln und Fußbodenplatten beschränkte. Freilich werden auch die Zetten des dreißigjährigen Krieges nicht wenig auf die damalige Ziegelfabrikation eingewirkt haben. Ehe dieser Verfall eintrat, muß aber in bezug auf die Herstellung von Dachziegeln ein gewisser Luxus in der Aufmachung derselben herrschte haben, denn ein älterer Vorgänger von Sturm, ein gewisser Nikolaus Goldmann in Breslau, äußerte sich dahin, daß man die gebrannten Ziegel auch verglasten könne, besonders seien die verglasten Dachziegel von himmelblauer Farbe sehr zierlich und gut, wiewohl auch andere Farben zulässig seien. Aber die himmelblaue Farbe stehet am besten, und solche verglasten Dachziegel sind langwierig und hoch zu halten. Man kann auch gewisse Formen machen und daraus Ziegel zu Säulen und Kränzen streichen, welche schon der Glieder-Gestalt haben." Es geht daraus die bisher wenig bestätigte Tatsache hervor, daß in den größeren Städten des Mittelalters die Häuser reicher Patrizier vielfach Dächer aufwiesen, die mit glasierten in verschiedenen Farben prangenden Dachziegeln gedeckt waren, was allerdings ein hübscher Anblick gewesen sein muß. Man unterschied bereits in dieser Zeit flache und hohe Dachziegel und rechnete zu den ersteren die sogenannten Dachplatten, die Flachziegel und die Wiberichwänze, während die hohen Dachziegel fast halbe Zylinder darstellten. Dazu gehörten die Säden, Breiße, die sogenannten S-Ziegel, doppelt hohe Dachziegel, die Flamländer Ziegel mit einem wellenförmigen Querschnitt und die römischen Dachziegel, bestehend aus nebeneinander gelegten Flachziegeln mit aufgebogenem Rand, über den ein Hochziegel deckend zu liegen kam. Auch die französischen Dachplatten in sonderbaren, vielfach schon verzierten Formen waren in dieser Zeit des Mittelalters ebenfalls schon in Deutschland bekannt und wurden vielfach nachgeahmt. Um diesen Dachziegeln außerdem auch noch ein besonders gefälliges Aussehen zu geben, und mit schönen Dächern die Häuser zu

schmücken, teilte auch, um die Dächer besser gegen die Einflüsse der Witterung zu schützen, hat man die Dachziegel wie schon erwähnt, im Mittelalter häufig mit farbigen Glasuren versehen. Solche glasierten Ziegel haben sich auch tatsächlich durch eine ungemeine Dauer ausgezeichnet. In Nachahmung der alten Glasurmethoden hätte man im vorigen Jahrhundert in München verschiedene Proben angefertigt, und nach wiederholten Versuchen wurden die für die Mariabühlkirche bestimmten farbigen Dachziegel auf folgende Weise behandelt: Die Matten selbst bildete man in der Töpferwerkstätte aus einer Masse, die aus drei Teilen gewöhnlichem, sich rot brennendem, gereinigtem Lehm und einem Teil feinsten Leinwand mit einem Teil Quarzsand bestand und wie andere Töpfermassen zusammengearbeitet wurde. Die daraus gebildeten Dachplatten wurden dann völlig lufttrocken im starken Feuer des Töpferofens gebrannt. Nach dem Brennen wurde die Glasur aufgetragen, worauf man die Dachziegel zum zweiten Male stark brannte. Man nahm zur Bildung der Glasurmasse zehn Pfund Billacher Blei (das beste Blei, welches damals im Handel vorkam), und dazu ein Pfund von dem vorzüglichen Bantazinn und kalzinierte beides, in Töpfe gebracht, zu Masse. Um nun die weiße Glasur zu erhalten, welche zugleich den Grund für die übrigen Glasuren bilden mußte, wurde mit Sorgfalt folgendes Gemenge gemacht: elf Pfund Blei von jener Blei- und Zinnmasse, vier Pfund reiner Quarzsand, drei Pfund Kochsalz, zwei Pfund weißes Glas, zwei Pfund kohlensaures Kali und ein Pfund Salpeter. Dies Gemenge wurde in Schmelztiegel gebracht, die man vor dem mit einer Mischung von einem Teil Kali und zwei Teilen Quarz ausgegossen hatte, dann im Ofen völlig zu Glas geschmolzen, in kaltem Wasser abgelöscht, zerstoßen und auf der Glasurmühle fein gemahlen. Zur blauen Glasur diente dann ein Gemenge von sechs Pfund jener Glasur, ein viertel Pfund Kopal und ein Quint Braunstein. Zur grünen Glasur gebrauchte man sechs Pfund Glasur, ein viertel Pfund Smalte, vier Lot Kupferasche, die gelbe Glasur wurde erreicht mit drei Pfund Glasur, vierzehn Lot gebranntem Antimon (schwach gebrannt). Die braune Glasur bestand aus sechs Pfund Glasur und sechs Lot Braunstein. Alle Farben wurden auf der Glasurmühle zum feinsten Pulver zermahlen. Sämtliche Glasuren haben sich nun bereits bald durch ein Jahrhundert hindurch vollständig bewährt, da sie im Jahre 1836 hergestellt wurden. Um Backsteinen und Dachziegeln eine graue bis schwärzliche Farbe zu geben, wie dies besonders längere Zeit in Holland beliebt war, setzte man die frisch gebrannten Ziegel folgender Operation aus: Man füllte, nachdem die Steine im Ofen die Gäre erreicht hatten, alle Schürflöcher derselben mit möglichst vielem grünen Laub und Strauchwerk, schloß danach aber sofort alle Zug- und Schürflöcher. Es entstand auf diese Weise im Ofen ein dicker beizender Rauch, der tief in die gebrannten Steine eindringt, die in den vollkommen geschlossenen Ofen der Einwirkung des Rauches wohl acht Tage lang ausgelegt bleiben. Um dieses Graudämpfen der Dachziegel mit vollem Erfolge vornehmen zu können, hatte man in Holland die Ofen besonders danach gebaut, um besonders viel Füllraum für das besonders hierfür benutzte Erdenlaub herzugeben.

Ostasien gesandt werden. Die übrigen Anträge haben organisatorischen Charakter. Das Unglück in Neurode veranlaßte das Büro des Kongresses, dem deutschen Bergarbeiterverband ein Beileidstelegramm zu übersenden. Am letzten Verhandlungstag erfolgte die Berichterstattung über die Tätigkeit der Kommission bezüglich der grundsätzlichen Entscheidungen der Probleme, die in den Hauptreferaten zur Erörterung gekommen waren. Bezüglich der Sozialpolitik wurde eine Resolution angenommen, die neben einer umfassenden Sozialversicherung die baldmöglichste Einführung der 44-Stundenwoche als Etappe für alle Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse und Nationalität für notwendig erachtet. Das vorgelegte Wirtschaftsprogramm fand ebenfalls Annahme. Desgleichen die übrigen Entschlüsse über Abrüstung und Frieden, über die Lage der Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie und so weiter. Die Neubesetzung des Postens eines Generalsekretärs war von der betreffenden Kommission vielfach erörtert worden. Sie ist zu dem Entschluß gekommen, den Kollegen Sassenbach zu veranlassen, noch einige Monate auf dem Posten auszuharren. Inzwischen sollen die Landeszentralen sich nach einem geeigneten Kollegen umsehen. Wird nur ein Kandidat genannt, dann soll der Vorstand des IOB. das Entscheidungsrecht haben. In der letzten Nachmittagssitzung des Kongresses gelangte noch eine Reihe Resolutionen zur Annahme. Eine, von den Holländern gestellt, weist auf die Tatsache der Arbeitslosigkeit hin, die 12 Millionen Arbeiter außer Verdienst gebracht hat. Eine Entschließung wendet sich gegen den faschistischen Vorstoß in Finnland. Ein indischer Gast lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Lage des indischen Proletariats und bittet um Unterstützung des Kampfes derselben gegen die Unterdrückung. Bei der Wahl des Vorstandes wurde ein Antrag der Schweden angenommen, den alten Vorstand wieder zu wählen. Die Wiederwahl erfolgte einstimmig. Nach einem begeisterten Schlußwort des Vorsitzenden Jouhaux wurde der Kongreß am Freitag nachmittag 18 Uhr geschlossen. Die Versammelten stimmten in den Gesang des gemeinsamen Kampfliedes „Die Internationale“ ein.

## Verbandsnachrichten

**Zahlstelle Döbeln.**  
Für 1. Oktober d. J. suchen wir einen **Selbstschaffere** für unsere Zahlstelle. Erforderlich ist vollständige Kenntnis der Sozialgesetzgebung, des Arbeitsrechtes sowie Beherrschung des Kassensystems. Bewerbungen müssen bis 15. August an Kollegen Robert Schwärze, Döbeln-St. Paulstr. 2, eingereicht sein. Der Bewerber ist der Lebenslauf und die bisherige Tätigkeit beizufügen. Bedingung ist fünfjährige Zugehörigkeit zum Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Die Zahlstellenverwaltung, F. A. R. Schwarz.

**Ausschlüsse.**  
Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 2a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Lützen: Karl Runze, Buch-Nr. S II 752 743. Ferner auf Grund des § 14 Ziffer 2a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Wiesbaden: Franz Ebermeier, Buch-Nr. 696 501, Georg Scheurer, Buch-Nr. 276 038. Ferner das bisherige Mitglied der Zahlstelle Halle a. d. S.: Ernst Lattin, Buch-Nr. S II 728 768.

**Arbeitsmarkt.**  
(Inserate unter Chiifre werden nicht aufgenommen.)  
5 bis 6 perfekte Bleikristallschleifergelien. (18 bis 20 Jahre) stellt sofort ein Glasfabrik Rodwig (Eadsen). (42/30)  
Tüchtiger, perfekter Spritzer, behandelt in Auf- wie Unter- glatur für Steingut oder Emaille, auch als Maler, sucht dauernde Stellung in Steingutfabrik oder Emaillewerk. Eintritt kann sofort erfolgen. Angebote erbeten an Josef Andas, Rheinberg (Mart), Rheinböde 31.  
Jünger Mann, 21 Jahre alt, sucht baldigst Stellung. Perfekt im Brennen, Schmelzen und Sandblafen. War auch als Aeb- und Spritzhilfe tätig. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Werte Angebote unter „Brenner“ an die Zahlstelle Seidena bei Dresden, Häderstr. 6.  
Tüchtiger Spritzer für Beleuchtungsglas, perfekt in Montierungen und Schablonenschneiden, sucht sofort Stellung. Derselbe ist auch imstande, eine Spritzerei gründlich einzurichten. Werte Angebote unter „Brenner“ an die Zahlstelle Seidena bei Dresden, Häderstr. 6.  
Vorgezeichnete, leibig, 24 Jahre alt, perfekt in allen vor- kommenden Arbeiten der Aufzählerei, sucht sich zu verändern. Ausland bevorzugt. Angebote an Emil Wagner, Bonn a. Rhein, Kölnstr. 17.

**Literarisches.**  
„Gesundheit“, Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berrn- lichen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Str. 137. — „Hurra, Ferien!“ steht unter dem Titelbild der Juli-Nummer der vom Hauptverband deutscher Krankenkassen herausgegebenen und an den Kassenschaltern kostenlos verteilte Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes, das eine jauchend aus dem Tor der Schulhausa hinausströmende Kinderschar erl. Auch der Inhalt der Nummer ist im wesentlichen den besonderen Erfordernissen der Ferienzeit angepaßt.  
„Volksgesundheits“, illustrierte Monatsschrift für Gesundheitspflege, Heil- kunde, Lebensreform und Preikörperkultur, mit dem ständigen Beiblatt „Der Kleingärtner“. Herausgeber: Verband Volksgesundheits e. V. (Sozialistische Zentralorganisation), Dresden-A. 1, Schlieflach 263. Bezugspreis im Viertel- jahre 1 RM. Einzelheit 80 Pf. — Das Jahrbuch enthält lesenswerte Beiträge, und das Jahrbuch ist dem Gesundheitspolitischen Kongreß des Verbandes Volksgesundheits gewidmet.  
„Zeit- und Streitfragen der Gegenwart“, Bericht vom Gesundheits- politischen Kongreß des Verbandes Volksgesundheits, 21.—24. Juni 1930, in Dresden. Zirkel 500 Seiten mit 3 Bildtafeln. Subskriptionspreis bis 15. August 1930 9,50 RM. Herausgeber: Verband Volksgesundheits e. V., Dresden-A. 1, Wildstrüter Str. 31. Es empfiehlt sich die sofortige Bestellung des Berichtes, da nach dem 15. August ein wesentlich höherer Preis eintritt. Der Betrag von 9,50 RM kann auf das Postkontokonto des Verbandes Volksgesundheits, Dresden Nr. 13562, eingezahlt werden und wird per Nachnahme erhoben.  
Ein neues Wander- und Ferienheimverzeichnis. Gerade zur rechten Zeit, zu Beginn der Ferienreisen, ist das neue Ferienheim- und Schutzstättenver- zeichnis des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ herausgegeben. Es dient wiederum ein gerundetes Bild von dem zielklaren Streben der ge- nannten Organisation bei der Errichtung von Unterkünften für die Ferientage der Werktätigen. Ueber 400 Häuser sind, nach Wandergebieten übersichtlich geordnet, angeführt, so daß man sofort ersuchen kann, welche Heime am Meeresstrand, in der Heide oder in einem der zahlreichen Mittel- gebirge oder gar in den Hochalpen stehen. Die 240 reichhaltigen Natur- freundehäuser unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Bauweise und Innenein- richtung in 84 große Ferienheime mit Einzelzimmern, die bei mäßigen Kosten ausgezeichnet bewirtschaftet werden; 98 Häuser kommen als gute Wander- heime in Frage, während 20 Häusern einfacheren Ansprüchen genügen. Der Förderung hochalpiner Unternehmungen in den Bayerischen Alpen werden 8 Schutzhäuser und 30 Schutzhütten in bester Lage gerecht. Alle Heime dienen auch den Zwecken des Deutschen Jugendherbergsverbandes. Die übrigen Heime der Naturfreunde verteilen sich auf folgende Länder: Oesterreich 83, Schweiz 46, Tschechoslowakei 20, Frankreich 10, Ungarn 2, Polen 1, Holland 1, Norwegen 1 und Vereinigte Staaten von Amerika 5. Zwei ver- zehnte Karten von Mittel- und Ost- mit den eingezeichneten Heimen ver- zehnte den Wert der kleinen Schrift in jeder Form. Dieselbe ist zu be- ziehen gegen Einsendung von 1 RM in Briefmarken von der Reichsteil- nahme des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Nürnberg, Webergasse 1.

# Internationales

## Der internationale Gewerkschaftskongreß in Stockholm.

Wenn eine Organisationsmacht von 14 Millionen Menschen eine Tagung abhält, so ist dies eine Angelegenheit, die die Welt für einen Augenblick aufhorchen läßt. Der internationale Kongreß in Stockholm kann in der Tat für sich in Anspruch nehmen, die Gewerkschaftsbewegung für einen Moment in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt zu haben. Ein schönes Land und eine nicht minder interessante Stadt waren diesmal Gastgeber des Weltparlaments der Arbeit. Nur die Gastfreundschaft der Schweden und letzten Endes auch ihr materieller Wohlstand können fremden Gästen das Leben so angenehm machen, wie es diesmal der Fall war. Der beste Musiker des Landes war engagiert, um den Kongreß mit einem Konzert und sonstigen Darbietungen zu begleiten, die dem ganzen schon eine weiheliche Stimmung gaben. Und dann die schwedische Arbeiterbewegung. Es dürfte schlechterdings kein Land geben, wo die organisatorische Macht der Arbeiterklasse so sinnfällig in Erscheinung tritt und dem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben seinen Stempel derartig aufdrückt als in diesem Lande. Der Reallohn der schwedischen Arbeiter dürfte etwa der höchste in Europa sein. Dennoch hat das Land fast gar keine Arbeitslosigkeit. Ein Beweis für die Brichtigkeit der Theorie des deutschen Unternehmertums, daß hohe wirt- schaftlichen Niedergang und eine hohe Arbeitslosigkeit im Ge- folge haben.

Was also den äußeren Rahmen des Kongresses anbelangt, so war also kein Anlaß zu klagen gegeben. Eine Reihe Teil- nehmer des IOB-Kongresses werden es bedauern, daß die Tagung bereits nach so kurzer Zeit ihr Ende erreichte. Die Leitung des Kongresses wies diesmal nicht unwesentliche Lücken auf. Es fehlte der Vorsitzende Citrine, England, und der stellvertretende Vorsitzende, Leipart, Deutschland. Beide waren durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Mit Leiparts Kommen hätte man bestimmt gerechnet, zumal er doch ein wichtiges Thema auf dem Kongreß zu behandeln hatte. So lag das Referat nur gedruckt vor und ein anderer, Kollege Eggert, gab die Einleitung. Auch sonst wies der Kongreß nicht die gewohnte Besetzung auf, namentlich soweit die deutsche Delegation in Frage kommt. Acht Kollegen, fast durchweg Verbandsvorsitzende wie Tarnow, Schumann, Brandes, Scheffel, Brey usw. mußten in Berlin bleiben, weil ihre Anwesenheit im Reichstag dringend notwendig war. An Stelle des Kollegen Brey war der Kollege Thiemig anwesend. Was man aber sonst zu sehen und zu hören gewohnt, fehlte auch diesmal nicht: ein buntes Gemisch von Rassen, Sprachen u. Völkern. Man sah rote Turbane im Saal leuchten, die dunk- Hautfarbe einzelner Teilnehmer ließ erkennen, daß die Ge- werkschaftsbewegung bis in die entferntesten Erdteile vorge- drungen ist. So war denn auch jeder der fünf Erdteile ver- treten. Naturgemäß am stärksten die europäischen Industrie- völker. Unter ihnen nahm die germanische Rasse den ersten Platz ein.

Als Vorsitzender des Kongresses fungierte Léon Jouhaux, Frankreich. Er eröffnete den Kongreß mit einer Rede, die von der Geschichte des IOB. ausging. Wurde doch der IOB, wie er heute besteht, vor zehn Jahren geboren. Eine solche Zeitspanne in diesem Durcheinander internationaler Verwicklungen ge- stattet schon einen Rückblick. Der Vorsitzende gedachte dieser Umstände. Ein internationaler Wirtschaftsriede müsse in einer umfassenden Völkerverständigung weiterföhren. Die lebhafteste Rede des Kongresses sprach der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsbundes Johanson wohl anfangs etwas zurückhaltend, aber desto mehr zu Herzen gehen. Mit be- rechtigtem Stolz konnte Johanson auf die Erfolge der schwedischen Gewerkschaften verweisen.

Die Begrüßungsansprachen der Gäste nahmen viel Zeit in Anspruch. Dies ist schon daraus erklärlich, daß jede Rede viermal gesprochen werden mußte: deutsch, englisch, franzö- sisch und schwedisch. Als erster sprach der Direktor des internationalen Arbeitsamts Albert Thomas. Dieser gab

seiner Freude darüber Ausdruck, daß er bereits fünfmal einen internationalen Gewerkschaftskongreß in seiner jetzigen Amts- eigenschaft begrüßen konnte, und daß das Verhältnis zwischen IAA und IOB. von Kongreß zu Kongreß enger und inniger ge- worden ist. Friedrich Adler sprach im Namen der sozialisti- schen Arbeiterinternationalen. Ollenhauer, Berlin, für die Arbeiterjugend. Es folgten die Gäste aus Aegypten, Palästina, Japan, Neuseeland usw. Erst nach dem Bekenntnis einer großen Reihe ausländischer Gäste vermag man zu ermessen, wie außer- ordentlich verschieden die sozialen Verhältnisse sind. Die Ge- werkschaftsbewegung hat noch einen großen Raum zu erobern.

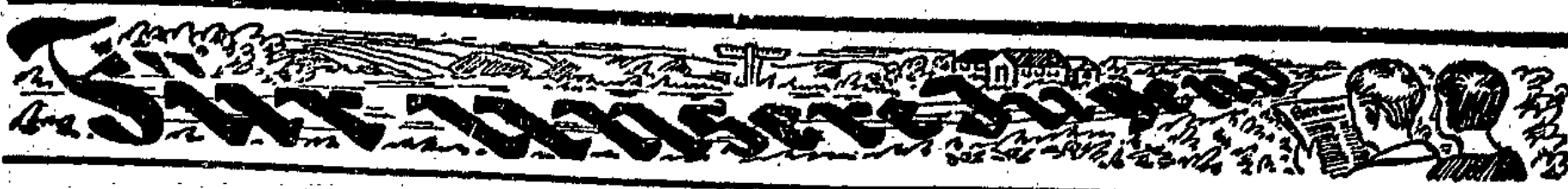
Sowohl der vorliegende schriftliche Bericht als auch die Erläuterungen des Generalsekretärs Joh. Sassenbach lassen einen Einblick zu, in welcher mannigfachen Form eine internationale Spitzenorganisation der Gewerkschaften in An- spruch genommen wird. Sassenbach konnte darauf hinweisen, daß die Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat und den Landeszentralen sowie den Berufsekretariaten sich sehr gut gestaltet. In der Aussprache sprach ein Engländer, ein Hol- länder und der Vertreter Palästinas. Gewünscht wurde eine stärkere Bekämpfung der militaristischen Bestrebungen.

Die Referate über Wirtschaft, Sozialpolitik und Völker- verständigung lagen gedruckt vor. Ueber das Wirtschafts- programm des IOB. sollte Kollege Leipart sprechen. An seiner Stelle sprach Eggert, Deutschland. Dieser wies eindring- lich auf die Notwendigkeit der Erweiterung des inneren Marktes hin. Die Gewerkschaften erheben in allen Ländern den Anspruch auf Mitbestimmung in der Wirtschaftspolitik und der Wirt- schaftsführung. Das sozialpolitische Programm des IOB. wurde von Mertens, Belgien, erläutert. Neben einer umfassenden Sozialversicherung machte sich Mertens die Forderung der 44-Stundenwoche zu eigen. Ueber das Thema „Abrüstung und Frieden“ sprach Jouhaux, Frankreich. Er forderte weitgehendste Abrüstung, die Kontrolle der Herstellung und des Handels von Waffen und Munition. Das Thema „Die Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie“ gab dem Engländer Hicks Veranlassung, gegen die Diktatur und für die Demokratie einzutreten. Er fand dabei die Zustimmung des Kongresses.

Einer der wichtigsten Punkte des Kongresses war die Sitzverlegung des Sekretariats des IOB. Eine Kommission hatte ausführlich darüber verhandelt, worüber Deutschland, im Plenum berichtete. Auf dem Pa- riser Kongreß vor drei Jahren war eine knappe Mehrheit für die Verlegung nach Berlin zustande gekommen. Inzwischen haben sich die Instanzen des IOB. des öfters mit dieser Frage beschäftigt. Um zwei Auffassungen wurde hauptsächlich eine Einigung zu finden gesucht: die eine ging dahin, den Sitz in Amsterdam zu belassen; die andere wünscht den Sitz in einem Lande, wo die weltwirtschaftlichen Neugruppierungen sta. zum Ausdruck kommen, was bei Deutschland der Fall sei. In der Kommission stimmten schließlich für die Verlegung folgende Länder: England, Dänemark, Oesterreich, Ungarn, Schweiz und Deutschland. Dagegen: Belgien, Frankreich, Span- nien, Holland, Luxemburg und ein Teil der Tschechoslowakei. Nach einem lebhaften Für und Wider entschied sich das Plenum für eine Sitzverlegung nach Berlin mit 55 gegen 30 Stimmen. Außer den deutschen Stimmen war eine Mehrheit von 9 Stimmen für Berlin zustande gekommen. Nach der Mit- gliederzahl gerechnet hatten die Vertreter von etwa 10 Millio- nen Mitgliedern für Berlin gestimmt und solche mit etwa 2,5 Millionen Mitgliedern dagegen. Damit war diese heikle Angelegenheit erledigt. Grabmann dankte für das Vertrauen, welches durch die Abstimmung der deutschen Gewerkschafts- bewegung entgegengebracht wird.

Die Erledigung der vorliegenden Anträge erfolgte wie immer nach gründlicher Vorarbeit in Kommissionen. Von den angenommenen Anträgen sind erwähnenswert: ein Antrag der Berufsekretäre, der eine Untersuchung darüber verlangt, wie die Berufsekretariate in den IOB. eingegliedert werden kön- nen. Eine Kommission soll zum Studium der Verhältnisse nach





### Alle und Junge.

Das ist manchmal wie Feuer und Wasser. Der Alte beklagt sich oft darüber, manchmal auch mit Recht, daß die Jugend noch unerfahren sei und trotzdem alles besser wissen wolle. Aber der Junge wendet sich förmlich ab, ohne erst lange zu überlegen: „Ist es richtig oder nicht?“ Denn der Alte hat ihm ja vorgelesen: „Davon verhältst du nichts!“ Ich hörte schon oft die Klagen der Jugendlichen. Und die Jugend hatte das gute Recht dazu. Viele unserer Alten, die — was ich besonders hervorheben möchte — sehr viel für unsere Bewegung geleistet haben, machen hier aber immer wieder den alten, scheinbar nicht auszurottenden Fehler, einfach über die Ansichten und Wünsche der Jungen hinwegzugehen. In der Jugend schlummern aber auch Kräfte, die nach Betätigung drängen. Ich selbst bin der festen Überzeugung: Jugend ist Tat! In ihren Adern schäumt das Blut des Bewegungsdranges. Das ist es ja, was die Jugend lieber ins Freie treibt, statt in Versammlungen zu hocken. Deshalb fehlt der Jugend auch die ruhige, behäbige Natur, die nur nach sachlichen Voraussetzungen handelt. Alles gärt, kocht, brodeln. Alles drängt und will aus der Fessel des Unsichtbaren, Gemündenen. Alles will emporsteigen aus dem Dunkel des Japs und an das Licht. Und wenn dann der Jugendliche den Mut aufbringt, in der Versammlung ein Wort zu sagen, dann trifft es ihn wie ein Weitschenhieb über die Ohren: „Dabon verhältst du nichts, dumme Junge.“ Hinterher ruft man: „Jugend, komme in die Versammlung!“ Wer die Jugend kennt, wundert sich längst nicht mehr darüber. Und wer an seine eigene Jugend denkt, wird, will er ehrlich sein, bestaunen, daß wir mit der Jugend, schon im Interesse unseres Verbandes, anders umgehen müssen. So haben wir oft selbst erst den Anstoß zur Entfremdung der Jugend gegeben. Denn auch in diesem Punkte gilt, was ich schon eingangs anführte: Die Jugend empfindet jede Härte doppelt stark. Dann flieht sie, statt Mitarbeit zu leisten. Und wohin flieht sie? Meist ins gegnerische Lager. Was wir der Jugend nicht bieten an Gutem und Edlem, das werden die bürgerlichen Jugend- und Sportverbände doppelt und dreifach mit Ritzsch und Spießbürgermoral ersetzen. Und wenn dann bürgerliche Provinzzeitungen auf diese verborgene Jugend hinweisen, auch wieder, weil sich alte und junge Ansichten über Würde und Sitte wie Feuer und Wasser gegenüberstehen, dann finden oft unsere Kollegen alles in bester Ordnung. Sie wissen natürlich nicht, warum es so ist. Daß sie selbst dazu beigetragen haben, kommt ihnen nicht zum Bewußtsein. Kollegen, ich sage es so, wie es ist. Nehmt mir diese Worte nicht übel und besinnt euch. Nur der von einem guten Willen besetzte Weg der gegenseitigen Verständigung kann uns über diese gefährliche Klippe hinwegführen. Und weil sich die Jugend sehr, sehr stark formen läßt, besteht einerseits die große Gefahr, daß sie uns verlorengelst im leichten Sumpf der bürgerlichen Schwachsinnigkeit, andererseits aber, wenn wir uns zum Verständigungswillen aufraffen, haben wir die größte Aussicht, aus ihr eine zukunftsweisende Kampferfahrung heranzubilden. Unsere Zukunft wird gesichert sein. Unser Einfluß und unsere Macht auf Grund rein sicherer Anwartschaften erhöht, und unsere Versammlungen würden nach und nach besser besucht werden. Denn der Nachwuchs wird da sein, den wir heute noch so oft vermissen, weil ja die Jugend heranwächst und durch die Schule der proletarischen Jugend gegangen, weiß, wohin sie gehört und was sie für das Gemeinwohl unserer Kampfgemeinschaft zu tun hat. Und auch dieser Gemeinschaftsgebanke, den wir dank einer bürgerlichen Erziehung so wenig antreffen, da: wo es an der nötigen Erziehung gefehlt hat, ist mit einer Grundlage, die erst in den Jugendgruppen gelegt werden muß. Es wird schwer halten, ältere Kollegen als begeisterte Anhänger und Kämpfer für uns zu erziehen. Nur in seltenen Fällen wird das gelingen. Meist geben solche Kollegen, die echt bürgerlich erzogen wurden, den Kampf auf, wenn sich härtere Widerstände zeigen. Als solchen Widerstand könnte man schon eine ehegeizige oder eine nur auf das Wohl der eigenen Familie bedachte Frau nennen. Stöhnen wir nicht jetzt schon auf die Gegenwart, daß wir auch die Frauen in der Jugend mit erfassen müssen? Mann und Frau müssen Hand in Hand arbeiten, für das gemeinsame große Ziel der Menschheitsbefreiung und der ewigen Menschwerdung. Das erreichen wir in keiner Mitgliederversammlung, das kann nur durch fleißige, zähe und selbstlose Tätigkeit einzelner in den Jugendgruppen geschehen, wo unumkehrlich am Werke der Erziehung gearbeitet werden muß. Das erreichen wir aber auch dann noch nicht, wenn wir nur Vorträge halten, also Worte sprechen, die in der Regel, besonders von jungen Menschen — und diese kommen hier doch nur in Frage — sehr schnell vergessen werden, wenn nicht das

gesprochene Wort mit irgendeinem Erlebnis verbunden wird. Unsere Aufgabe muß demnach sein: Einmal die Gründung von Jugendgruppen in allen Pflanzstellen vorzunehmen. Zweitens: Wenn diese da ist, müssen wir für einen Leiter sorgen, der sich redliche Mühe gibt, mit der Jugend zu arbeiten. Dieser Leiter muß unter der Jugend selbst jung mit sein. Drittens: Wir müssen versuchen, der Jugend, wo es irgendwie möglich ist, Freude zu vermitteln. Und endlich: Wir müssen alle berufen, die Jugend und ihre vielseitigen Ansprüche kennen und verstehen zu lernen. Wenn das geschieht, sind die notwendigsten Grundpfeiler geschaffen. Erst jetzt kommt die schwierigste Aufgabe, sich die Sympathien der Jugend zu erhalten. Viel am Gelingen, liegt am Talent des Leiters, der immer mit gutem Vorbild dastehen muß. Mit ihm steht und fällt die Zahl der gesammelten Stürmer. Mit ihm steht und fällt das Niveau der Bildung und des Wissens. Mit ihm steht und fällt auch der Grad der Begeisterung, ohne die, mit der schon oft erwählten Freude am Tun und Schaffen, die sich wie sichtbare Fäden durch jedes Werk winden müssen, keine Erfolge erzielt werden können. Freude ist auch in diesen Dingen unerlässlich. Und sie ist Helferin in der gegenseitigen Verständigung zwischen Alte und Junge in jeder Organisation.

### Selbständige Menschen.

Die Gesellschaft befindet sich in einem wirtschaftlichen Umwandlungsprozeß. Die wirtschaftliche Konzentration nimmt zu, die Zahl der Unselbständigen wird dadurch immer größer. Vor Jahrhunderten arbeitete der Meister meist allein. Da war die Zahl der Selbständigen groß. Im 18. Jahrhundert kamen im Großherzogtum Weimar auf 100 Meister nur 158 Gehilfen und Lehrlinge. In Weimar kamen auf 13 Schneider nur 2 Gehilfen, auf 26 Schuhmacher 3 Gehilfen; die Bäcker, Zimmerleute und Maurermeister hatten je 1 Gehilfen. Im übrigen arbeiteten die Meister allein. Demgegenüber sind heute drei Viertel der deutschen Staatsbürger unselbständig. Und diese Entwicklung schreitet weiter. Die „Selbständigen“ sträuben sich. Selbst immer schlimmer in Abhängigkeit von Lieferanten, vom Kapitale, ja, vom Kunden, wollen sie dennoch selbständig sein. Die äußere Selbständigkeit wollen sie wahren. Die wirtschaftlichen Formen der alten Zeit wollen sie erhalten, und sie fühlen es nicht, wie die vorwärtsdrängende Zeit sie mit ihrer äußerlichen Selbständigkeit immer mehr zu Knechten des Kapitals und zu Dienern von tausend Rücksichten macht. Die Abhängigkeit ist nicht mehr aufzuhalten. Die Gesellschaft geht ihren Weg zur neuen Wirtschaftsform, in der alle abhängig sind — und frei. Abhängig als freie Glieder eines Ganzen. Die Gesellschaft schreitet zu einem neuen Freiheitsbegriff. Freiheit ist nicht die wirtschaftliche Selbständigkeit, sondern die innerliche Unabhängigkeit und Menschenwürde. Der wirtschaftliche Individualismus hat den Begriff vom unabhängigen Menschen entstellt, und wir sind dabei, den neuen freien Menschen zu schaffen und dem Begriffe vom selbständigen Menschen zu geben einen neuen, hohen, sittlichen, nie gewordenen Sinn. Selbständigkeit ist das Gewurzeltsein des Menschen im Recht und das ungehemmte Entfalten seines reinen und freien menschlichen Wesens. Wer kann sich frei nennen, wenn er durch finanzielle Rücksichten und kapitalistische Abhängigkeiten gebunden ist? Wir sind zum neuen und stolzen Begriffe vom Menschen gewachsen. Der Mensch steht zu hoch, um vor finanziellen Rücksichten und kapitalistischen Notwendigkeiten im Staube zu liegen und zu beuteln.

Nur aus der Welt des freien Rechts erblüht die freie Menschwürde. Nur wenn Gemeinschaft ist, nur wenn Gemeinschaftswelt die wirtschaftlichen Interessen trägt, ist jeder frei von Hemmung, frei von äußerlichem Zwang. Der Sozialismus nur bringt freien Menschen ihre Würde.

Wir leben im Übergange zu solcher neuen sittlich-wirtschaftlichen Welt, und über das Heute mit seinen Bedürfnissen ringt der Gewerkschaftskampf hinaus zu solchem Ziel. Wer Menschenrecht und stolzes Menschsein heilig achtet, der führt im Gewerkschaftskampf der abhängigen Menschen darum den Kampf um diesen neuen, innerlichen Unabhängigkeitsbegriff.

Wie sie da forgend um ihr Keines, eigenes Wirtschafts-glied der Angehörigen im Gestränge wählen! Die Geschichte schreitet da, wo der Mensch schreitet.

Was unterscheidet aber die Frau tatsächlich in ihrer Beziehung zum Kinde vom Manne? Nur die Schwangerschaft! Diese soll eine andere Seelenhaltung der Frau hervorufen, die weit über den Rahmen der unmittelbaren Beziehung Mutter-Kind, und auch über den Rahmen der Familie hinaus ganz allgemein sich deutlich und eindeutig auswirkt. Ja, sogar ganz unabhängig von der Mutterschaft, soll die Frau überhaupt „mütterlich“ veranlagt sein. Sie soll fühlend und leidend sein mehr als der Mann!

Man könnte eine ganze Menge Aeußerungen von Dichtern und Dichtern zusammenstellen, die zu dieser Frage Stellung nehmen. Man würde feststellen, daß auch sonst so radikale und unbedingte Männer und Frauen nicht wagen, hier die letzte Konsequenz zu ziehen. Die Frauen unterscheiden sich danach anscheinend außer von sonstigen Verschönerungen, nur durch die Werke, die sie auf Erden leisten. Und zwar wird hier der Unterschied gemacht zwischen der „nur“ sachlichen Leistung des Mannes, der ohne seelische Eingabe seine Vaterschaft herstellt und erlebt, und der „persönlichen“ Leistung der Frau, die ihr Bestes für die Mutterschaft hingibt, die ihre ganze Seele auf das Kind einstellt.

Da ist zunächst zu sagen, daß die sogenannten „sachlichen“ Leistungen des Mannes — und in gleichem Maße die der Frau — vor allem soziale Leistungen sind. Leistungen also, die gesellschaftlich sind und die nur in einer Gesellschaft Zweck und Ziel haben können. Die große Anzahl aller „Schleifungen“ der in Massenberufen stehenden Menschen sind Gemeinschaftsleistungen, deren Sinn erst im Zusammenreffen und Zusammenwirken vieler Einzelleistungen zutage tritt. Hier zeigt es sich, daß die Verantwortung der Streitfrage eine Klassenmäßig bedingte ist. Außer Massenleistungen gibt es noch Einzelleistungen: Künstler, Geistesgrößen usw., aber für uns ist die Massenleistung entscheidend. Für uns ist die Antwort auf Fragen wie Mutter und Kind, Kind und Gesellschaft, Erziehung des Kindes

durch gesellschaftliche Einrichtungen eine ganz andere als bei den „besseren“ Kreisen. Dafür ein Beispiel: die Erziehung des bürgerlichen Kindes mag im Elternhaus frei von der primitivsten Sorge um den Magen die beste sein, für unsere Kinder muß schon rein interessentmäßig die gemeinsame Erziehung in Kinderheimen vorgezogen werden. Ganz unberücksichtigt bleibt der große Vorteil der gemeinsamen Erziehung, ihr Einfluß auf das Denken des Kindes, ihr Einfluß auf den Geisteslebenstrieb.

Bei unserem Problem Frau und Mutter steht es nun fest, daß einer der größten Massenberufe der der Hausfrau ist. Es wird ausdrücklich nicht hinzugefügt, und der Mutter, denn die Mutterschaft kann nicht als „Beruf“ angesehen werden. Der Beruf der Hausfrau ist nun der Frau aber gar nicht eigentümlich. Der Mann könnte in selber Maße die Hausarbeiten übernehmen. Die geschichtliche Entwicklung weist nur der Frau diese Arbeiten zu aber immer wurde diese Einrichtung unterbrochen, indem schon der Mann ältere Hausarbeiten übernahm. Er konnte es mit seiner „männlichen“ Ehre nicht vereinbaren, aber warum? Sind Hausarbeiten Arbeiten minderen Grades? Nein, ein Mann, der ganz frei ist von Eitelkeit, muß anerkennen, daß auch er Hausarbeiten verrichten könnte. Und übrigens, wenn „Hausarbeiten“ gemein sind, dürfen wir sie dann den Frauen überlassen?

Eins also ist klar: der Hausfrauenberuf ist allen anderen Berufen gleich. Wir haben in Deutschland bei 60 Millionen Menschen 23 Millionen Frauen und etwa 1,2 Millionen Geburten jährlich. Ist also etwa der eigentliche Beruf der Frau nicht Hausfrau sondern Mutterschaft, dann müßte es sehr schlecht um die Frauen bestellt sein. Was machen die anderen Frauen alle? Nein, weder kann der Beruf der Hausfrau als spezieller Frauenberuf angesehen werden, noch kann der Frau zugemutet werden, daß sie nur diesen Beruf ausübt. Noch kann eingesehen werden, daß die Mutterschaft „der“ Frauenberuf ist. Diese Einstellung, daß die Frau ins Haus gehöre, entsprach durchaus der bisherigen Form der Gesellschaft. Die Familienehe als standes-, rassen- und klassenmäßig abgegrenzte Grundlage allen Gemein-schaftslebens in Staat und Volk hatte die Frau von allen anderen Berufen ferngehalten. Es bleibt nur der der „gemeinen“ Hausarbeit! Nachdem sich die Familienehe immer mehr zu lösen beginnt, in ein freieres Lebensverhältnis übergeht, beginnt der mittelalterliche Zwang auf die Frau aufzuheben und sie als gleichberechtigtes Mitglied in die Gesellschaft zu stellen. Das Kind wird der Frau nicht mehr als Klotz am Bein hinderlich sein. Der Nachwuchs und dessen Erziehung wird immer die wichtigste Sorge der menschlichen Gesellschaft sein, aber die Sorge hierfür wird nicht die Frau allein zu tragen haben, sondern die Gesellschaft gemeinsam. Dabei wird die gesellschaftliche Leistung der „Mutter“ in hohem Maße berücksichtigt werden. Walter Pitt, Berlin.

### Neue Wege der Kindererziehung.

Die Kinderfreundebewegung kann als die jüngste Mitarbeiterin der modernen freien Arbeiter- und Angestelltenbewegung angesehen werden. Ihrer besonderen Bedeutung gemäß ist sie vornehmlich eine Erziehungsbewegung oder eine pädagogische Provinz im Staate, die das Vakuum, das durch das Ungenügen des staatlichen Unterrichtswesens entsteht, durch eine neue Lebens- und Arbeitsgestaltung im fortschrittlichen sozialaktiven Geiste ausfüllen will. Dabei soll die aufbauende Arbeit der schon vielerorts wirkenden Reform- und Versuchsschulen nicht übergangen werden; im Gegenteil: diese Arbeit anzuerkennen und zu unterstützen, ist unsere Aufgabe. Aber selbst die modernsten Schultypen unserer Tage beschränken sich noch im überwiegenden Teile darauf, Lehraufgaben und keine Lebens- und Erziehungsgemeinschaften in unserem Sinne zu sein, da sie sich ja noch in dem sehr widerspruchsvollen Organismus des heutigen kapitalistischen Staates einfügen müssen.

Welcher Weg aber gegangen werden muß, um die Kinder der Arbeiterschaft für die Gestaltung einer besseren Zukunft zu befähigen, zeigen die Bemühungen der Kinderfreunde. Elementarunterricht zu erteilen, ist nicht ihre Aufgabe, aber aus den ihr anvertrauten Kindern eine lebendige, freundschaftliche Gemeinschaft zu machen, ist ihr im Verlaufe des verhältnismäßig kurzjährigen Wirkens gelungen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen als eine neue Form die Kinderrepubliken, die als Zeltlager verankert werden. Hierauf aufmerksam zu machen, ist der Sinn dieser kurzen Zeilen.

Warum Zeltlager? Diese Frage ist schon oft von Eltern und Erziehern gestellt worden und die Beantwortung, die selbstverständlich aus dem Vocabularium der Erziehungsgrundsätze der Kinderfreunde entnommen wurde, nicht immer recht anerkannt und gewürdigt worden. Ausgangspunkt war die Überzeugung, für die Arbeiterkinder von etwa 10 bis 14 Jahren die glücklichste Form einer gemeinsamen Erziehung zu Ordnung, Freundschaft und Hilfsbereitschaft zu finden. Diese drei Notwendigkeiten menschlicher Gemeinschaft sind auch zu den Maximen und Parolen der Bewegung geworden. Man kann das auch durch mehr oder weniger lehrhafte Unterweisungen tun, aber eindrucksvoller und vor allem kindgemäher ist es, alle die Dinge, die zu der Existenz eines freien und solidarisches Menschen notwendig sind, selbst erleben, selbst erarbeiten zu lassen. Die Zeltlager, und besonders die seit vier Jahren veranstalteten großen Zeltlager-Republiken der Kinderfreunde geben genügend Gelegenheit, jedes Kind schon frühzeitig in den Aktivismus und in die Funktionen eines Volksstaates, der für die erwachsene Arbeiterschaft noch ein Traum von morgen ist, einzunordnen. Hier, in seiner Zeltlagergemeinschaft erlebt das Kind oft zum ersten Male die Gesamtheit als Ganzes, die Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe, das „Wir“, das „Alle für Alle“. Indem es sich nicht nur als Bürger seiner Republik, sondern auch als gleichberechtigter Träger und Funktionär seines selbstgeschaffenen Staates empfinden lernt, wächst in ihm ein größeres Gefühl für Verantwortung und Treue, als das durch eine auch noch so gut gelehrte Staatsbürgerkunde der Fall sein kann.

Aus diesen Anmerkungen wie überhaupt versteht sich, daß die Zeltlagerrepubliken auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind. In ihnen lebt der fruchtbarste Gedanke einer Selbstverwaltung, reguliert und ventiliert durch eine sinnvolle, dem Geltungsdrang und kindlichem Empfinden angepaßte Form eines Parlamentarismus. 12 bis 15 Kinder schließen sich zu einer Zeltgemeinschaft zusammen, wählen aus ihren Reihen ihren Obmann. Die Zeltleute bilden das Dorfparlament unter Vorsitz des Bürgermeisters. Aus der Mitte des Dorfparlamentes werden die Vertreter ins Lagerparlament gewählt, die die Volkvertretung der gesamten Republik ist. Dem Lagerparlament gehören außer den Dorfparlamenten noch der Lagerpräsident, der Lagerobmann, die Bürgermeister der einzelnen Zeltlager und die Sachverwalter für Ernährung, Material, Post, Veranstellungen usw. Diese gewählten Vertreter und Körperschaften verwalten den Haushalt nach rationalen Prinzipien, die die gesamte Volkswirtschaft und Organisation notwendig macht, und repräsentieren die Kinderrepublik.

So leben nun die Kinder (9000 in fünf reichsdeutschen und einem dänischen Lager) und es schon im vorigen Jahre gewesen) mit den erwachsenen Helfern vier Wochen lang in Luft, Sonne und Freiheit. Alle tragen sie dazu bei, daß der Staat, den sie selbst errichtet haben, zur Heimat ihres Glaubens und ihrer Freude wird. Sie sind alle stolz auf ihre Republik; die erwachsene Arbeiterschaft, in deren Reihen einstmalig ihre Kinder kämpfen werden, kann es auch sein. Walter G. Dschilewski.

## Unseren Frauen u. Mädchen

### Frau und Mutter.

Die Erfolge der modernen Frauenbewegung haben ein neues Problem zur Diskussion aufgeworfen: das Problem des Kindes, oder besser gesagt, das der Kinderschaft. Schon einmal hat diese Frage im Laufe der letzten dreißig Jahre die Geister bewegt, aber in einer anderen Richtung. Damals handelte es sich um die Erziehung des Kindes, das Kind war also Gegenstand der Bezeichnung. Das Interesse an dem leiblichen Wohl des Kindes, seinen Bedürfnissen, seinen Entwicklungsmöglichkeiten und -erfordernissen, seiner eigentlichen Stellung zur Umwelt beherrschte derartig alles Tun und Denken, daß man geradezu vom „Zeitalter des Kindes“ sprechen konnte. Uns interessiert heute das Kind nur mittelbar, nämlich seine Stellung zu den Eltern, oder ganz genau: zu den zwei verschiedenen Geschlechtspersonen, durch deren Verbindung seine Existenz verursacht wurde.

Es herrscht allgemein die Ansicht, daß das Kind zur Mutter in viel geraderer und engerer Beziehung steht als zum Vater, zum Manne. Diese Behauptung wird sowohl von Müttern als auch von Frauen gemacht, und eigentümlicherweise von Gegnern und Freunden der modernen Frau. Was ist nun Wahres dran? Zu bemerken ist, daß die Frage nicht vom Kinde aus gestellt ist. Man muß beachten, daß die Beziehungen des Kindes zu den Eltern, nicht nur verwandtschaftliche sind, sondern, daß vielmehr in der ersten Phase der Umwelt des Elternhauses, der Familienverhältnisse, Geschwister, Freunde usw. eine viel entscheidendere Rolle spielen. Hier steht vor allem das Verhältnis der Eltern zum Kinde zur Diskussion. Die Probleme der Mutterschaft und Vaterschaft müssen geklärt werden.

Bei näherer Untersuchung wird man feststellen müssen, daß die schon mitgeteilte Behauptung, daß das Kind der Mutter näher stehe, rein zweifelsfrei angewendet wird. Man will daraus ganz bestimmte Schlüsse ziehen, nämlich daß der Aufgabenkreis der Frau auf das Haus begrenzt bleibe, und daß die Frau infolge ihrer „Begabung“ nur bestimmte Berufe ausüben könne. Sprich also, die irgendwie mit den „mütterlichen“ Veranlagungen

in Zusammenhang stehen: Krankenschwester, Fürsorgebeamte, Kindermädchen usw.

Was unterscheidet aber die Frau tatsächlich in ihrer Beziehung zum Kinde vom Manne? Nur die Schwangerschaft! Diese soll eine andere Seelenhaltung der Frau hervorufen, die weit über den Rahmen der unmittelbaren Beziehung Mutter-Kind, und auch über den Rahmen der Familie hinaus ganz allgemein sich deutlich und eindeutig auswirkt. Ja, sogar ganz unabhängig von der Mutterschaft, soll die Frau überhaupt „mütterlich“ veranlagt sein. Sie soll fühlend und leidend sein mehr als der Mann!

Man könnte eine ganze Menge Aeußerungen von Dichtern und Dichtern zusammenstellen, die zu dieser Frage Stellung nehmen. Man würde feststellen, daß auch sonst so radikale und unbedingte Männer und Frauen nicht wagen, hier die letzte Konsequenz zu ziehen. Die Frauen unterscheiden sich danach anscheinend außer von sonstigen Verschönerungen, nur durch die Werke, die sie auf Erden leisten. Und zwar wird hier der Unterschied gemacht zwischen der „nur“ sachlichen Leistung des Mannes, der ohne seelische Eingabe seine Vaterschaft herstellt und erlebt, und der „persönlichen“ Leistung der Frau, die ihr Bestes für die Mutterschaft hingibt, die ihre ganze Seele auf das Kind einstellt.

Da ist zunächst zu sagen, daß die sogenannten „sachlichen“ Leistungen des Mannes — und in gleichem Maße die der Frau — vor allem soziale Leistungen sind. Leistungen also, die gesellschaftlich sind und die nur in einer Gesellschaft Zweck und Ziel haben können. Die große Anzahl aller „Schleifungen“ der in Massenberufen stehenden Menschen sind Gemeinschaftsleistungen, deren Sinn erst im Zusammenreffen und Zusammenwirken vieler Einzelleistungen zutage tritt. Hier zeigt es sich, daß die Verantwortung der Streitfrage eine Klassenmäßig bedingte ist. Außer Massenleistungen gibt es noch Einzelleistungen: Künstler, Geistesgrößen usw., aber für uns ist die Massenleistung entscheidend. Für uns ist die Antwort auf Fragen wie Mutter und Kind, Kind und Gesellschaft, Erziehung des Kindes



Vorher - Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.) Unschlüssig stand Suscha vor dem Schulhause. Sie hoffte, Ernst Seeliger am Fenster zu sehen und hätte ihn zum Abschiednehmen gern herausgewinkt.

Endlich fand sie den Entschluß und ging hinein. Auf ihr Klopfen antwortete ein kaum hörbares „Herein!“ Sie mußte sich in dem Halbdunkel der Stube erst zurecht tasten.

„Es ist ganz unerwartet über mich gekommen. Sei nicht böse“, flüsterte er, vom Husten unterbrochen, und streckte ihr die fieberige Hand entgegen. „Gehing mir die letzten Tage so gut ... Wie habe ich mich auf dein Kommen gefreut. Nun bist du hier, und ich bin so elend und schwach. Was kann ich dir sein? Du ... die Gesunde! Wenn ich dann ganz allein bin ... ganz allein bleiben soll ... weil mich niemand mehr mag ... weil ich mit dieser tödlichen Krankheit ringen muß und ihrer nicht Herr werden kann ... weil ich vielleicht schon ein Gezeichnet bin! Sieh, Suscha ... was hab' ich kleiner, armliegender Mensch von diesem Leben ... und dieser Welt geholt? ... Hier in dieser Einsamkeit hat man mich verkommen lassen ... Doch, ich will nicht unzufrieden sein: Hier habe ich dich gefunden ... dich ... und Andreas ... und den alten, treuen Jaschu Gonschorech ... das Herz und Blut dieser Erde ...“

Er wollte sich aufrichten. Suscha drängte ihn auf das Kissen mit weicher Hand zurück. Gehorham lag er es gelehrt. Sein kurzer Atem zeigte ihr, daß ihn das Sprechen erschöpfte und erregte. Sie setzte sich zu ihm und hielt seine Hand in der ihren.

Als es ganz dunkel geworden war, zündete sie das Licht an und stellte die Lampe auf den Tisch in die Mitte des Zimmers. Leber die Glöde hing sie einen Vogen Papier, damit der Schatten sein Gesicht bedeckte.

„Du bist der Vermittler von uns allen, Ernst. Was kann ich wohl für dich tun, was mehr ist als ein leeres Wort?“ „Sag' erst, was du bei Pastor Brudersien ausgerichtet hast. War er bereit?“

„Nein!“ „Warum?“ „Weil Andreas ein Findelkind ist. Für die hat die christliche Nächstenliebe einen organ Sprung.“

Sie ließ es bitter heraus. Er tastete wieder nach ihrer Hand und hielt sie lange fest. Ein Strom frischen, gesunden Lebens pulste in dieser kräftigen Hand. Behutsam zog er sie an den Mund und preßte die schmalen, blutleeren Lippen darauf. Sie ließ es wie in einem wunderbaren Traum geschehen. War es nicht seltsam: ein guter, lieber Mensch fügte ihr, der Magd, die Hand?

„Gangigkeit und Nahrung predigen ihr an der Kehle. Sie wehrte sich gegen das anstößende, ungewohnte Gefühl, bis die Zähne aufeinander, schloß die Augen, und als sie doch der zuckenden Bewegung nicht Herr wurde, barg sie ihr tränenschnelles Gesicht an seiner Wange.“

„Es ist alles so schwer ... warum?“ flüsterte er. „Ich bleib' die letzten Tage ganz bei dir. Bei dir allein. Weil es unser Abschied ist.“

X.

Der Auszug der Sachengänger, der nie ohne Fucherei, Lärm, Tanz und Gejag vor sich ging, war vorüber. Anton Dand, zufrieden über das ergiebige Wintergeschäft, trug die Zeichen der letzten Ausgelassenheit, zerdrückene Gläser und Scherben, auf den Rehrichthäusern hinter die Gartenheide. Dann machte er sich daran, die Schenkstube, die verräuchert und verstaubt war, neu zu stellen.

Die Ruhe des Sommers begann. Suscha war unter den Allerlehten, die das Dorf verließen. Andreas und Jaschu Gonschorech hatten ihr noch bis zum Nachtrabe das Geleit gegeben, neben der vollgeprofften Brühkiste herlaufend. Dann gab es ein letztes Winken, und der Wald verschluckte die Scheidenden. Die endlose Zeit des Wartens überfiel Borowa. Erst mußte wieder Herbstwind über die kahlen Stoppelfelder streichen, ehe man die Tage bis zur Heimkehr zählen konnte.

Andreas blieb fast den ganzen Sommer über in Friedrichshammer. Er wußte, daß ihm Jaschu Gonschorech darum zürnen würde, aber er merkte von Tag zu Tag deutlicher, daß ihm Ernst Seeliger nicht mehr entbehren konnte. Der Kranke klammerte sich an ihn wie an eine letzte Hoffnung.

„Du machst dich jetzt sehr rar, Andreas!“ Nagte der alte Jaschu Gonschorech, als sich Andreas wieder einmal auf einige Tage in Borowo bei Vater und Mutter Gomilczsch sehen ließ. Die ganze Woche lag' ich nach dir auf der Lauer. Was war hier alles zu sehen und zu hören. Drüben am Hofkamp, an der alten Eiche, wartet ein Ihu. Bei der Brombeerheide tritt alle Abende nach Sonnenuntergang ein Gemeister heranz. Man kann ganz nahe herangehen, ehe er abgeht. Alles das verläumst du. Manchmal glaube ich schon, du wirst auf alles vergessen, was ich dir gesagt habe. Was soll dann aus Borowo werden? Willst du es auch im Stich lassen?“

„Es stirbt mit uns und ohne uns, Jaschu.“ „Es soll aber nicht so sein.“

„Wir werden es nicht hindern können. Man hat uns unsern Dinkel vergessen. Von drüben sehen die Polen schon sehnsüchtig herüber.“

„Weil hier bei uns der Bauer fehlt. Der Bäumen k-niemand harht.“

Der alte Jaschu holte die Hände in seiner Kut. Zwischen seinen Augenbrauen stand eine enge, steile Falte, die bis unter den Rand der abgegriffenen Füllnäse reichte. „Lehrer Seeliger meint, alle Mühe wäre umsonst“, nahm Andreas das Gespräch wieder auf, bei anderen Vätern hätte man eine glatte Entschuldig erwartet. Die Antwort zum Beispiel hätte ihr Lob und aus dem Grunde ... weil sie die Bodenfrucht nicht zu lösen verstanden.“

„Du sprichst jetzt schon wie ein Gelehrter, Andreas. Das macht mir Sorge. Darüber wird du Borowo vergessen. Sollen wir auch zugrunde gehen?“

„So ist es immer in der Geschichte gewesen.“ „In diesen Tagen mag der Lehrer mehr wissen, als ich“, widersprach der alte Jaschu Gonschorech fertig, von Borowo und dem, was hier geschehen ist, wenig er etwas. „Ich hab' mir des lange Jahre hindurch mit dem Briefe überlegt. Auf dich wollte ich dem ersten Tage ab. Auch Katharina Miela Woch' hat, da waren der Richter, und der Kaiser ist es eine Kleinigkeit, in den Geldsack zu greifen oder hier Erbmag zu werden. Jetzt ist die Suscha noch weg. Der Gantner-

bauer sitzt ohne Magd da. In seiner Wirtschaft ist ein Drunter und Drüber. Du solltest einmal den Verfall sehen. Wühme Miela Woch' ist schon zu alt, um noch alles in Ordnung zu bringen, das Vieh zu besorgen, zu kochen und mit auf das Feld zu gehen. Der Bauer sitzt die halbe Nacht und manchmal noch den halben Tag dazu in der Schenke. Wo will das hinaus? Bei euch geht's auch zu Ende, wenn die Suscha nicht mehr verdient oder du keine Taler hermschicken kannst. Und wo willst du die im nächsten Jahre hernehmen? Was soll dann aus dir werden?“

„Der Lehrer hat um mich geschrieben. Ich gehe in die Lehre zu einem Tischler und lerne ein richtiges Handwerk. Später gehe ich dann in Breslau auf eine Fachschule.“

„Hahaha!“ lachte der Alte böse auf, „so willst du dich in einer Urache Noach aus der Borowoser Sündflut retten? So fein und schlau bist du geworden? Und wir ändern? ... He? ... Der alte Jaschu Gonschorech, der Borowo selber ist, der Nabel der Welt? ... He? ... Wir sollen elend erkaufen? ... Heh ... Und Wühme Miela Woch'? ... Heh? ... Und die andern, die Dorfstraße entlang? Du willst alles dem Grafen in die Hand spielen, der sich nie um dich ...?“

Der Alte hielt inne und sah bei gebeugtem Kopfe von unten her auf Andreas. Doch der hatte nicht mehr hingehört. „Dann gib schon her!“ sagte Andreas entschlossen. „Wenn es nichts nützt, Schaden kann es nicht.“

Jaschu Gonschorech atmete auf, brachte aus der Allertaststache seines Pelzes die Tintenflasche, einen Federhalter und ein paar Federn zum Vorschein. Dann rückte er den weißgeschwemmten Schemel, den er mit nach der Wiese gebracht hatte, heran, rollte den gelben Bogen aus dem Packpapier und bestellte: „Nun fang' aber bald an und gib dir rechte Mühe. Mach' keinen Mieds und keinen Fettsack, sonst kriegen wir den Brief wieder zurück.“

Andreas setzte sich an den Schemel und machte sich fertig. „Und?“ fragte er.

„Sprich' lieber erst einmal die Feder aus, Andreas, ich bitt' dich!“ So ein Tintenfeders läuft ganz unversehens aus der spitzigen Feder. Man weiß nie, woher er kommt. Auf einmal ist er da. Fang auch lieber mit dem Pubert an.“

Komme und kämpfe!

Eine Stimme aus dem Werk.

Wenn morgens früh die tiefen und lauten Sirenen Aufschreiend durchheulen die schummernde, ruhige Stadt Und Taupercen, glänzend wie bitters, heimliche Tränen In Gräsern und Dornen hängen, dann gehen wir matt, Schon müde mit schmerzenden Füßen und wankenden Knien Auf Wegen, wo keine Blumen der Freude mehr blühen, Wo Staub und Schmutz an schmucklosen Wänden klebt, Und wo im traurigen Glanz der arme Proletet lebt.

Dann stehen wir längst, um unsere Pflicht zu erfüllen, In dumpfen Betrieben, wo in den lichtarmen Räumen Dunkler Gemäuer uns laute Maschinen umbrüllen. Hier müssen wir schaffen, um der andern Wünsche zu stillen! Und das Gespenst des Todes, das unser Sein umschleicht, Das eines Tages die kalten Hände uns reicht, Läßt uns vergessen dumpfes Brüten und Träumen ... So ist dies Leben: in hastender Pflicht - bei Qualen, Sorgen und Not, Ein ewiges Geben der Kräfte für bitterschmeckendes Brot.

Und die Maschinen stampfen, feuchen und bröhnen, Die ratternden Räder drehen sich, unaufhaltbar, geschwind. Von diesem Fluch zertreten liegt unser Hoffen und Sehnen Im Schmutze der Arbeit, zu Staub geworden und Grind. Hier schaffen wir, Knechte, am ruhelos laufenden Band Und ringen um Rechte - sie werden nicht anerkannt. Und dennoch, wir wissen: unsere Stunde die naht, Denn hier, auf diesem Boden des Grauens wächst die erlösende Tat.

So werden wir täglich gequält und unsere Leiber, - zer-schunden, - Tragen die Narben des Werktags allen offen zur Schau. So leben wir kläglich dahin und ringen - Stunden um Stunden,

Alte und Junge, die sich zusammengefunden, Weil die Stiene uns rief, im Werke schmutzig und grau. Dennoch: hier bricht aus den Herzen ewig bedrückter Proleteten Heiliges Wollen und statt der Dunkelheit Licht ... Drum lerne auch du, Bruder, aus diesem Fluche der Not Und komme und kämpfe, denn kämpfen ist unsere Pflicht! W. B. o. f.

Bobby macht Karriere.

Von André Volker.

Das Volkshotel war ein großes, graues Gebäude im Arbeiterviertel. Man schloß in kleinen, laubenden Kabinetten und konnte sich während des Tages im Speise-, Rauch- oder Lesesaal anhalten. Im Fabrikviertel gelegen, war es vor einigen Jahren ... Arbeiterwohnhaus erbaut worden, um unberühmten Handwerker ein Heim zu bieten. Allein, diese wurden jetzt nach kurzer Zeit von fremden Vögeln aus ihrem Nest ... Jetzt fand man unter der bunt zusammengewürfelten ... nicht alles, nur keine Arbeiter.

Da war es Akademiker, die, mit dem Straßengebüch in Kon-takt geraten, hier wohnten, bis sie sich endgültig zur Resigna-tion ab der schlecht bezahlten Schreibertische entschieden oder zum lustigeren, aber gefährlicheren Hochstaplerturn. Hier hausten alle ... leibliche Rentner und greise Bettler mit Patriarchen-bart, die nur in bestimmten Bezirken und Stunden „arbeiten“ und ein Spartassentouid besaßen. Neben ihnen fand man junge Kantholde, alte Lachgebilde und entlassene Juchthäuser, die an ihren im Ferkel jauer verdienstlos Geschäften gehnten und nach einem neuen Utopie saunen. Der Rest: Zeitungverkäufer, wilde Straßenhändler, von Hanje entlassene Lügnerhändler und endlich eine kleine Gruppe, von der niemand etwas wußte, wozu sie lebte, aus dem einfachen Grunde, weil sie es selbst nicht wußte.

In diesen Zeiten gefellte sich eines Tages der junge Bobby und fand sich schnell zurecht in der kleinen Sumpfpfütze der Großstadt. Er hatte sogar Glück, er lernte hier einen ehemaligen Bauarbeiter kennen, der aus unglücklichsten Gründen seinen Dienstabtritt allzu plötzlich nehmen mußte. Der Mann half bereitwillig dem völlig mittellosen Bobby, der so einige Wochen ein sorgloses Leben führen konnte.

„Doch es kam eine Zeit, wo Bobby seinen neuen Freund immer häufiger in die kleinen Anzeigen der Zeitungen verließ und, als endlich der Brief der Witwe in den besten

„Schreib: An den mächtigen Kaiser von Deutschland ... Mein ... Zum Herrn Grafen muß man auch gnädiger Herr sein ...“ Schreib lieber: An den gnädigen Herrn Kaiser von Deutschland ...“

Man muß doch den Namen wenigstens dazu schreiben.“

Jaschu Gonschorech kratzte sich auf dem Kopf und stotterte kläglich: „Ich hab' es immer gewußt, wir bringen den Brief nicht zusammen. Wie soll man den Namen wissen?“

„Wilhelm der Zweite. Das mußt du doch wissen!“

„Weißt du das bestimmt, Andreas?“

„Lehrer Ernst Seeliger hat es doch gesagt.“

„Wenn wir an den falschen Kaiser schreiben, wird der un-gemütlich und schreibt uns, daß ihn Borowo gar nichts angeht, wenn er uns nicht sogar eins mit der Peitsche über den Buckel brennt, wie es in der vergangenen Woche der Graf mit dem Arbeiter Valentin gemacht hat.“

„Es ist schon richtig, Wilhelm der Zweite!“

„Schreib lieber: An den sehr gnädigen Herrn Kaiser Wilhelm den Zweiten von Deutschland in Berlin. Mach' die Zwei recht groß, daß keine Verwechslung vorkommt ... Um Gottes willen! ... Du machst ja bloß zwei bide Striche. Die Zwei hat doch einen Ringel und einen Schwanz.“

„Das wird so geschrieben.“

Jaschu nahm erschrocken die Budelmütze von dem struppigen Haar und kratzte sich lange. Dann stöhnte er: „Wenn das bloß gut geht!“

„Weiter!“

„Nicht so schnell! Schwierige Sachen müssen lange über-legt werden. Einen Brief an den Kaiser kann man nicht so rasch aus dem Vornel schütteln.“

„Du hast doch viele Jahre darüber nachgedacht.“

Der Alte machte ein ganz klägliches Gesicht. „Ich hab' mir das nicht so schwer gedacht“, gestand er ein. „Sieh, Andreas, ein Haus wird auch nicht auf einmal neu ein-gedeckt. Man füllt jedes Jahr ein Stück. Wollen wir nicht heute aufhören und morgen ein paar Sätze weiter schreiben? Man soll eine Sache weder überreiben noch überstürzen.“

„Setz dir ich am Schreiben und bring' den Brief zu Ende. Du hast immer gesagt, es sei die höchste Zeit, um Borowo zu helfen. Also ...?“

Jahren“ ankam, da verabschiedete sich der Erwachmeister und reiste mit seinem letzten Geld zu seiner Zukünftigen.

Bobby, der seiner Familie entlassen war - der Vater, Ge-richtsvollzieher in einer kleinen Stadt, hatte zum zweiten Male ein viel jüngeres Mädchen geheiratet, in das Bobby mit der ganzen Begehren seiner sechzehn Jahre verliebt gewesen war - mußte sich nun schleunigst nach irgendeinem Erwerb umsehen. So wurde er Adressenschreiber. Das war ein bitteres Brot. Man sah in einem schlecht riechenden, dunklen Zimmer an langen Holzstischen und beschrieb vom frühen Morgen bis zum späten Abend jährige Briefumschläge. Nur mittags gönnte man sich eine halbe Stunde Pause, um vom nahen Fleischer ein Stückchen warme Wurst und eine große Sauerkraut zu heßen, was mit etwas Weißbrot das Mittagessen ausmachte. Zu mehr reichte es wirklich nicht, denn die Arbeit wurde elend bezahlt. Der düstere, unfreundliche Schreiber des Adressenbüros beherrschte so manchen Menschen, der einst bessere Tage gesehen hatte und der hier jauer das verdiente, was zum Hungersterben zwiel war, doch zum Leben nicht reichte.

Bobby gab auch bald dieses unbankbare Gewerbe auf und gesellte sich zwei Stoffreisenden zu. Es waren noch junge, mit auffallender Eleganz gekleidete Männer, die von einem Büro ins andere zogen und den Angestellten billige Anzugsstoffe als „echt englische Ware“ anboten. Bobby hatte dabei den schwersten Teil zu besorgen, mußte er doch das schwere, in Weichleimwand gewickelte Stoffpalet schleppen. Als Gehalt bekam er täglich eine Mark und das Mittagessen. Allein die gewitzten Vertreter bestellten im Restaurant stets nur zwei Portionen - mit drei Tellern. Bobby fand bald, die Kost sei zu leicht und die Stoffballen zu schwer, so verabschiedete er sich von den „Vertretern englischer Tuchfabriken“ und sah sich nach einer anderen Beschäftigung um.

Der Reiche nach wurde er Konfitürenverkäufer in einem Kino, Wagenaufpasser neben einem Ausfahrer, Gehilfe in einer Altwarenhandlung und versuchte es noch mit einem halben Duzend anderer Berufe. Allein, die hatten alle das gemein, daß sie ihren Mann nur schlecht ernährten.

So geschah es manchmal, daß der Abend kam, ohne daß Bobby die halbe Mark sein eigen nennen konnte, die zum Ueber-nachten im Volkshotel nötig war. Das war jedesmal eine kleine Tragödie. Bobby wartete bis zum Torichluß im Volkshotel auf irgendein Wunder, das sich niemals ereignete. Nachher blieb nichts übrig, als sich auf den Weg zu machen und Stundenlang auf den unfreundlichen Straßen herumzuschlendern. Wenn ihn seine Füße nicht mehr tragen wollten, dann schloß Bobby in ein Wartehäuschen der Straßenbahn, zog sich in die dunkelste Ecke zurück und schlief stehend ein. Doch wenn auf der ver-lassenen, nächtlich stillen Straße die schweren Schritte eines nahenden Schuhmannes erdröhnten, wurde er gleich wach und verließ eilig seinen Schlafwinkel.

„Ach, wie konnte so eine Nacht lang sein!“ Und war es endlich Morgen geworden, dann gelang es Bobby manchmal sich in ein Volkshotel einzuschmuggeln, wo er seinen todmüden, durchfrorenen Körper in der Dampfzammer auf eine harte Steinbank bettete und sich für lange Stunden einem schweren bleiernen Schlaf hingab.

Als einmal wieder ein Abend kam, wo Bobby das Logisgeld fehlte und auf der Straße ein besonders unfreundliches Wetter herrschte, da entschloß er sich zu etwas, das er bis jetzt noch nicht über sich gebracht hatte.

Der erste Herr, den er auf der Straße anredete, schaute verwundert auf den verhältnismäßig noch gutgekleideten jungen Mann und ging wortlos weiter. Bobby biß die Zähne zusammen und trat auf einen alten Mann zu. Dieser hörte ihn aufmerksam und wohlwollend an, gab ihm den Rat, sich bei der Polizei zu melden, und entfernte sich eilig.

Zehn Minuten vergingen, ehe Bobby abermals den Mut aufbrachte, einen Passanten anzusprechen. Es war ein wohl-belebter Mann in einem schönen Pelz, er ließ Bobby gar nicht aussprechen, indolste sich mit widerwärtigem Brummen auf, nahm die Gelbhörse heraus - Bobby's Blicke verdrängten gierig die trogen Silbermünzen - und brückte ihm ein Gelbfeld in die Hand.

Bobby war noch kein geübter Fuchthändler; so mußte er erst die Hand öffnen und beim Lichte einer Straßenlaterne das Gelbfeld ansehen, um zu merken, daß es eine kleine Kupfer-münze war. Eine kleine Kupfermünze! Drei wildfremde Men-schen mußte er anstellen, um ein Fünftelteil der für das Nacht-quartier notwendigen Summe zu erhalten!

Er fühlte, wie sein Herz von Bitterkeit überquoll, das kleine Gelbfeld, mit dem er nichts anfangen konnte, braunte in seinen Fingern. Er wartet es weit weg und fing an laut zu pfeifen, während ihm die Tränen auf die Wangen rannen. Dann schlug er seinen Kragen hoch, steckte die rot gefrorenen Hände tief in die Taschen und machte sich auf den langen, nächtlichen Spazier-gang. (Schluß folgt.)